

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 17/16. Jahrgang

24. August 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Keine Kreuze?!

Gerhard Rampp zum „Kruzifix“-Urteil

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 10.8.95 verkündet, daß die Anbringung von Kreuzen in bayerischen Pflichtschulen ein Verstoß gegen die Religionsfreiheit (Art. 4 GG) und daher grundgesetzwidrig ist. Der bereits am 16.5. gefaßte Beschluß (AZ: 1 BvR 1087/91) dürfte weitreichende Auswirkungen nicht nur auf die Schulen anderer Bundesländer, sondern auch auf alle übrigen Behörden haben. Die beiden Leitsätze erhalten mit Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt den Rang von Bundesgesetzen und binden auch andere Bundesländer. Ihr Wortlaut:

„1. Die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule, die keine Bekenntnisschule ist, verstößt gegen Art. 4 Abs. 1 GG.“

2. § 13 Abs. 1 Satz 3 der Schulordnung für die Volksschulen in Bayern ist mit Art. 4 Abs. 1 GG unvereinbar und nichtig.“ (Der beanstandete Satz der Schulordnung lautet: „In jedem Klassenzimmer ist ein Kreuz anzubringen.“)

Nur der 1. Leitsatz ist in der öffentlichen Diskussion umstritten. Er ist in der Formulierung aber so eindeutig, daß er keine Auslegungen zuläßt. Die martialische Aussage von Ministerpräsident Stoiber: „Wir lassen die Kreuze trotzdem hängen“ ist nur dort durchsetzbar, wo alle Schüler, Eltern und Lehrer mit dem Verbleib der Kreuze einverstanden sind, weil der verfassungswidrige Zustand dann ohne Folgen bleibt („Wo kein Kläger, da kein Richter“). Eltern, die eine Einhaltung des Grundgesetzes einfordern, dürfen aber keinesfalls verteuftelt werden.

Doch auch der 2. Leitsatz verdient eine genauere Betrachtung. Daß der Zwang zum Anbringen von Kreuzen grunde-

setzwidrig war, räumt jetzt auch die CSU ein — nachträglich. Sie hat eine erkennbar verfassungswidrige Bestimmung in der Schulordnung aufgenommen und dort 20 Jahre lang belassen. Jetzt muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie (nicht nur) hier jahrzehntelang das Grundgesetz mißachtet hat — in der Erwartung, es werde sich schon kein Kläger finden, der den langen Weg durch die Gerichtsinstanzen durchhält.

Von Staatsrechtlern wird der Beschluß überwiegend als logisch und konsequent bewertet. Von der katholischen Kirche und der CDU/CSU kommen Töne, die bis hin zur Aufforderung zum Verfassungsbruch gehen. CSU-Parteivize Friedrich fordert auf, den Richterspruch einfach nicht zu befolgen. Ex-Kultusminister und Katholikenfunktionär Prof. Maier geht noch weiter: „Gegen den puren Unsinn und Übermut auch höchster Gerichte ist Widerstand geboten.“ CSU-Chef Waigel sät an den Befugnissen des unabhängigen Verfassungsorgans. Dieselben Herren hatten vor gar nicht langer Zeit die Entfernung von „Verfassungsfeinden“ aus dem öffentlichen Dienst betrieben, aber da waren wohl andere gemeint...

Warum diese entlarvende Panik? Ein wirklich souveräner Christ wird in seinem Glauben nicht davon abhängen, ob er in staatlichen Einrichtungen ein äußerliches religiöses Symbol vorfindet. Wer seine Religion ausüben möchte, hat dazu außerhalb staatlicher Gebäude genug Gelegenheit. Niemand hat sich bisher in seiner Religionsfreiheit behindert gefühlt, weil z.B. in den meisten bayerischen Gymnasien keine Kreuze hängen. Die Reaktionen aus dem konservativ-klerikalen Lager lassen nur einen Schluß zu: Es geht nur vorder-

„Pistolenterien“ überschrieb der Berliner „Tagesspiegel“ am 12. August einen Bericht über Tourismuswerbung der türkischen Regierung. Der „Minister für Tourismus“ İrfan Gürpınar (Bild) hatte die Weltpresse geladen. Die Zahl der Touristen nehme wieder zu, so der Minister, der die Journalisten mit Panzerbegleitung durch die „Urlaubsgebiete“ reisen ließ und selbst als Pistolero posierte. Dem Autor des „Tagesspiegels“ scheint das nicht gefallen zu haben. — (rül)



gründig um das Glaubenssymbol. In Wirklichkeit soll das Kreuz eine religiöse und politische Vormachtstellung symbolisieren, entsprechend der Devise, mit der die CSU Bayern regiert: „Wir sind die mehreren, und wir zeigen euch schon, wer hier den Ton angibt.“ Das Schrumpfen klerikaler Macht läßt auch die CSU-Basis schrumpfen.

Die eigentliche Bedeutung des BVerfG-Beschlusses liegt nicht in der Frage „Schulkreuze ja oder nein“, sondern in der Bekräftigung der vom Staat gebotenen weltanschaulichen Unparteilichkeit. Erstmals hat nun das BVerfG die Grenzen der „positiven Religionsfreiheit“ klar definiert. Schon 1975 hatte es die einseitige Betonung des Christentums in den Schulartikeln von vier Länderverfassungen zu prüfen, darunter Art. 135 Abs 2 der Bayeri-

schen Verfassung: „In ihnen (den öffentlichen Volksschulen) werden die Schüler nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen.“ Es hat damals den Geltungsbereich christlicher Bezüge im Unterricht — außerhalb des Religionsunterrichts — auf den „prägenden Kultur- und Bildungsfaktor“ eingegrenzt, doch das bayerische Kultusministerium ignoriert diese „verfassungskonforme Auslegung“ bis heute konsequent. Die grundgesetztreuen Kräfte in Bayern sind nun aufgefordert, die Einhaltung der BVerfG-Entscheidung verstärkt anzumahnen.

Gerhard Rampp ist Mitarbeiter der vom „Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten“ (IBKA) herausgegebenen Zeitschrift „MIZ“.

Ein faires Verfahren für Mumia Abu-Jamal!

Die Anhörung ist beendet. Vor der Entscheidung des Gerichts ist die Forderung aktuell wie je

Voraussichtlich erst Ende September wird das Gericht über das Wiederaufnahmeverfahren für Mumia Abu-Jamal entscheiden. Die Anhörung, in der es für die Verteidigung darum ging, durch Befragung möglichst vieler Zeugen Beweise für Verfahrensfehler im ersten Verfahren zu erbringen, ist inzwischen abgeschlossen. Die Anwälte halten ihre Plädoyers am 11. September. Anwälte und Prozeßbeobachter beurteilen die Aussichten, daß dieses Gericht dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgibt, übereinstimmend als gering. Mumia Abu-Jamals sagte in einem Interview dazu: „... ich kann wohl mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß wir von Richter Sabo die Ablehnung unseres Wieder-

aufnahmeantrags zu erwarten haben. Wir versuchen natürlich unser Bestes, erhoffen jedoch eine positive Entscheidung erst auf der Berufungsebene.“ Der Hamburger Völkerrechtler Prof. Norman Paech, der der Anhörung zeitweilig als Prozeßbeobachter beiwohnte, berichtete von der erneut willkürlichen und überheblichen Prozeßführung durch Richter Sabo. Der war in jeder Hinsicht bestrebt, möglichst wenig Beweise zuzulassen; so wies er 25 von der Verteidigung angeführte Zeugen zurück. Die Folgen sind weitreichend, denn die potentiellen Zeugen dürfen im möglichen Wiederaufnahmeverfahren nicht mehr gehört werden. Nicht zugelassen als Beweismittel hat Sabo auch umfangreiche FBI-Dokumente, die be-

weisen, daß Mumia Abu-Jamal seit seiner Mitgliedschaft in der Black Panther Party Ziel des sog. FBI-Cointelpro-Programms war und z.B. ständig überwacht und verfolgt wurde.

Trotzdem erbrachte die Verteidigung zahlreiche neue Beweise dafür, daß Mumia die ihm zur Last gelegte Tötung eines Polizisten nicht begangen hat.

Trotz der Aussetzung des Hinrichtungsbefehls ist die Solidaritätsbewegung aktiv geblieben. In Philadelphia beteiligten sich am 12.8. mehrere tausend Menschen an einer von einem breiten Bündnis getragenen Demonstration für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe. Unter den Rednerinnen und Rednern waren ein ehemaliger Gefangener

aus der Todeszelle, Vertreter von politischen Organisationen und Gruppierungen der afroamerikanischen und anderer Minderheiten, ehemalige politische Gefangene, Pastoren, ein Sprecher des ANC, ein Entsandter der Regierung Ghanas und viele andere. Eine Rednerin berichtete, daß schätzungsweise 150 000 Protestschreiben und -Faxen aus aller Welt bei Gouverneur Ridge eingegangen seien. — Auch in der BRD fanden am 12.8. einige Demonstrationen statt. Die Solidaritätsgruppen rufen auf, wachsam zu bleiben. Denn es sei, so Norman Paech, nicht auszuschließen, daß im Fall der erstinstanzlichen Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens gleich ein neuer Hinrichtungsbefehl unterschrieben wird. — (scc)

„Wir wollen nicht, daß Gewaltakte stattfinden“

Der PKK-Vorsitzende Öcalan erklärt sich unmißverständlich gegen Anschläge in Deutschland

Am 12. August hat sich die ERNK-Europavertretung noch einmal grundsätzlich zu den ihr angelasteten Anschlägen auf türkische Einrichtungen in Deutschland und zu den Übergriffen deutscher Behörden auf kurdische Aktionen und Einrichtungen geäußert und ihr Interesse an einem Dialog mit den deutschen Behörden bekräftigt. Hier die Erklärung im Wortlaut. — (rül)

„Verbunden mit den letzten Ereignissen wird in der Öffentlichkeit in Bezug auf die Kurden eine einseitige Diskussion geführt. Die überwiegende Zahl der Beiträge, die vorwiegend von Vorurteilen geprägt sind, läßt die Tendenz erkennen, die Ursachen und Wirkungen der Kurdenproblematik aus dem Blickfeld zu verlieren.

1. Die kurdische Frage ist nicht eine der inneren Sicherheit der Türkei, sondern eine globale Frage, die einer Lösung bedarf. In Kurdistan herrscht ein schmutziger Krieg. Den Kurden ist es unter schwersten Repressalien verboten, sich mit ihrer eigenen Identität zu artikulieren. Sowohl die von Deutschland durch bilaterale Verträge als auch im Rahmen der NATO im großen Maßstab gewährte Militärhilfe wird für den schmutzigen Krieg in Kurdistan verwendet. Auch die auf internationalen Plattformen gegebene diplomatisch-politische Unterstützung ermutigt die Türkei in ihrer Gewaltlinie.

2. Die in Deutschland lebende kurdische Gesellschaft steht in Verbindung zu ihrer Heimat. Viele von ihnen sind Opfer des Krieges. Die Gewalt des Staates und die Massaker sowie das ihnen entgegengebrachte Schweigen oder gar die restriktive Haltung der deutschen Behörden schaffen eine gespannte Atmosphäre. Die Kurdenpolitik Deutsch-

lands und deren Umsetzung haben die gegenseitige Vertrauensbildung geschädigt. Die Grenzen des für die kurdische Gesellschaft Ertragbaren werden strapaziert. Die deutschen Behörden scheinen die schwere Situation dieser Menschen und ihre psychologische Belastung zu übersehen.

3. Die im November 1993 gefällte und keineswegs vernünftige Entscheidung, die PKK und viele andere kurdische Organisationen zu verbieten, ist ein wichtiger Grund für die Bedrohung der Stabilität und des inneren Friedens. Seit 1979 wissen wir von Aktivitäten der Kurden in Deutschland. Selbst wenn es in den letzten Jahren zu einzelnen individuellen Ereignissen kam, so sehen wir doch in der Phase der Verbote zum ersten Mal eine Häufung solcher Ereignisse. Eine legal genehmigte und passive Veranstaltung wie einen Hungerstreik zu verbieten, mit Polizeigewalt aufzulösen und kurdische Symbole zu verbieten, sind schwer erklärbare Vorgehensweisen. Jede Gesellschaft

hat Symbole, die zur Tradition geworden sind. Diese wurden mit der Zeit zu nationalen Werten. Man sollte gegen sie nicht repressiv vorgehen. Es ist offensichtlich, daß Verbote, Repressionen, antidemokratische Einschränkungen oder Methoden der Auslieferung an die Türkei keine Lösung sind. Wie sollte man ein Volk, das alles verloren hat und einem unsagbaren Druck ausgesetzt ist, mit solchen Methoden aufhalten?

Die Bedingungen, unter denen das kurdische Volk sich befindet, und seine Mentalität sollten beachtet werden.

4. Überall dort, wo in Europa Kurden leben, auch außerhalb Deutschlands, ist die PKK aktiv. In diesen Ländern sind kurdische Vereine nicht verboten, und offizielle ERNK-Büros führen ihre Aktivitäten durch. Die Regierungen dieser Länder führen einen vernünftigen Dialog mit den kurdischen Organisationen. Das Zustandekommen der betreffenden Ereignisse in Deutschland zeigt, daß die deutsche Praxis und Methoden falsch sind.

5. Es ist keine realistische Herangehensweise, die Angriffe auf türkische Einrichtungen in Deutschland blindlings der PKK/ERNK zuzuschreiben. Die PKK und ERNK haben sich zum Grundsatz gemacht, in Deutschland ihre Arbeiten in einem legalen und demokratischen Rahmen durchzuführen. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Abdullah Öcalan, hat in einer Erklärung vom 14. April 1995 erneut betont, daß die Partei in Europa weder Gewaltakte verübt hat noch sie zu verüben plant. Die stillschweigende Unterstützung der türkischen Kriegsziele, welche vom Amt für Spezialkriegsführung durchgesetzt werden soll, treibt die Kurden zur Verzweiflung. Wir wollen nicht, daß Gewaltakte stattfinden. Wir möchten, daß dies zur Kenntnis genommen wird.

In letzter Zeit sind in Deutschland verschiedene Gruppierungen und Individuen in Erscheinung getreten, die unsere Bewegung der Unzulänglichkeit und Passivität beschuldigen. Wir lehnen die von ihnen propagierten Methoden ab. Die Verantwortung für die Haltung eines jeden Kurden kann nicht der PKK/ERNK auferlegt werden.

6. Die PKK/ERNK ist in Deutschland gegen eine Eskalation der Gewalt, so wohl von staatlicher als auch von kurdischer Seite. Es ist für uns ein unerlässliches Prinzip, vorhandene Fragen in gegenseitigem Einverständnis und Dialog zu lösen. Wir rufen die deutschen Behörden dazu auf, diesen Weg zu eröffnen. Und wir erwarten, daß Deutschland nicht im allgemeinen Sinne als eine Partei bei der Lösung des kurdischen Konfliktes, sondern aufgrund seines Einflusses auf die Türkei bei einer politischen Lösung eine Rolle übernimmt.“

aus: „Kurdistan-Rundbrief“ 17/95



Bild: Der (inzwischen beendete) kurdische Hungerstreik in Berlin (siehe auch S. 10).

AKTUELL IN BONN

„VerfG contra Kapitalistensteuern

Höhere Grundsteuern und damit auch höhere Mieten dürften nach Einschätzung des Mieterbundes und des Deutschen Städtetages die Folge des Urteils sein, mit dem das Bundesverfassungsgericht Ende letzter Woche die Besteuerung des Grund- und Hauseigentums nach (20 oder mehr Jahre alten) sogenannten „Einheitswerten“ verworfen hat. Bis Ende 1996 müssen jetzt die Steuern neu gefaßt werden, der Städtetag rechnet allein schon wegen der Finanznot der Städte mit einer effektiv steigenden Grundsteuer, die auch die Mieten anheben wird. Besitzer größerer Vermögen, insbesondere Kapitalisten, und Erben können dagegen Entlastung erwarten. So hat das Gericht in seinen Leitsätzen festgestellt, daß Geld- oder Betriebsvermögen effektiv nur so besteuert werden sollten, daß die steuerliche Gesamtbelastung in der „Nähe einer hälftigen Teilung“ zwischen Staat und Privaten verbleibt. Damit, so das Handelsblatt, sei z.B. die Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen „verfassungswidrig“.

Streit um 580-DM-Jobs

Der Streit zwischen den Regierungsparteien auf der einen und der Opposition und den Gewerkschaften auf der anderen Seite, ob Personen mit 580-DM-Verträgen den Schutz der Sozialversicherung erhalten, dauert an. Der DGB fordert, die Grenze für sogenannte „versi-

cherungsfreie“ Einkommen abzuschaffen, mindestens aber erheblich zu senken. Die SPD und die anderen Oppositionsparteien unterstützen dieses Anliegen. Die FDP hetzte durch ihren Wirtschaftsminister Rexrodt, diese DGB-Forderung sei „frauenfeindlich“, da insbesondere Frauen bei einer Ausdehnung der Versicherungspflicht ihre Arbeitsstelle verlieren würden. Der DGB wies diese Demagogie zurück. Beschäftigte mit solchen Verträgen seien weder gegen Krankheit noch gegen Arbeitslosigkeit geschützt und erwürben auch keinerlei Rentenansprüche. Die CDU/CSU kündigte an, eine Arbeitsgruppe werde sich mit dieser Frage befassen.

Noch mehr Polizeivollmachten?

In den Unionsparteien und der SPD wachsen die Stimmen für eine weitere Ausdehnung der Polizeivollmachten. Mitte August forderte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, Helmrich, eine Umkehr der Beweislast (Unschuldsbeweis) bei angeblich „illegalem“ Vermögen, außerdem die Ausweitung der Abhörmöglichkeiten auf diesen „Geldwäsche“-Verdacht. Sobald die Staatsanwaltschaften solche Ermittlungen aufnehmen, sollten die Banken unterrichtet werden. Außerdem müsse die „Kronzeugenregelung“ künftig unbefristet gelten.

Wieder gegen die Lohnfortzahlung

Die CDU/CSU will noch in diesem

Herbst einen neuen Versuch starten, die Lohnfortzahlung drastisch einzuschränken. Ihr sozialpolitischer Sprecher Louven kündigte für den Herbst eine Gesetzesvorlage der Fraktion an, mit der Arbeitern und Angestellten in den ersten 14 Tagen ihrer Krankheit Lohn und Gehalt um bis zu 20 % gekürzt werden sollen. Nur in Einzelfällen, z.B. bei chronisch Kranken, solle es Ausnahmen geben. Die FDP soll die Pläne unterstützen. Der DGB kündigte an, die Regierung werde „ernsthaften Ärger“ bekommen, wenn sie diese Pläne tatsächlich in Angriff nehme.

Rexrodt „Ökosteuern“

FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt will sich jetzt auch als „Ökologe“ schmücken, wenn er Bezieher von geringen Einkommen zu noch höheren Steuerzahlungen zu zwingen versucht. Mitte August stellte der Minister sein Konzept für eine „ökologische Weiterentwicklung des Steuersystems“ vor. Hauptpunkt ist eine „Energiesteuer“ (Rexrodt will 1 Pf. Steuer je Kilowattstunde Strom, 3,4 Pf. je Liter leichtes Heizöl bzw. 2,3 Pf. je Kubikmeter Erdgas). Die „gewerbliche Wirtschaft“ und der „Verkehrsbereich“ sollen steuerfrei ausgehen, die Steuer würde also nur die privaten und öffentlichen Haushalte treffen. Zur „Entlastung“ will Rexrodt die Einkommens- und Körperschaftssteuer senken. Ergebnis dieser „Öko-Steuerreform“ wäre eine weitere Verschiebung der Steuerlast von Unternehmen und Bezieher

hoher Einkommen auf Personen und Haushalte mit niedrigen Einkommen.

SPD auch gegen Gewerbesteuer

Die Pläne der Kapitalisten und der Bundesregierung, die Gewerbesteuer weiter zu senken und womöglich als einzige kommunale Steuerquelle sogar ganz abzuschaffen, haben neuen Auftrieb erhalten. Nach der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Simonis hat nun auch die SPD-Bundestagsfraktion mitgeteilt, sie werde über die Abschaffung eines Teils der Gewerbesteuer, der Gewerbekapitalsteuer (in den neuer Bundesländern wurde dieser Teil der Gewerbesteuer bisher gar nicht eingeführt) „mit sich reden lassen“. Die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer würde vor allem größere Unternehmer steuerlich erneut entlasten, die Kommunen verlören weitere Steuereinnahmen.

Was kommt demnächst?

Am 4. September nimmt der Bundestag seine Beratungen wieder auf. Als erste wird der Haushalt für 1996 zur Beratung vorliegen. Am 21. September soll dann der Bundestag das „Jahressteuergesetz 1996“ abschließend beraten. Am 22. September berät der Bundesrat auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause über das gleiche Gesetz. Die nächsten Wahlen sind am 22. Oktober in Berlin. Dort werden das neue Abgeordnetenhaus und die Bezirksvertretungen gewählt.

Weniger Geld + Arbeit = mehr Arbeitsethos?

Horst Kahrs zu den Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe im Bundeshaushalt 1996

Unter der Parole „Die Staatsquote senken“ eröffnet die Bundesregierung eine erneute Runde im Kampf um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in diesem Land. Die neokonservative Ernte der mittlerweile fünfzehnjährigen bundesrepublikanischen Diskussion zur „Überlastung des Sozialstaates“ und zur „Ausgabenexplosion“ soll in den kommenden Jahren eingefahren werden. Soziale Finanztransfers werden nicht mehr interpretiert als Auseinandersetzungen um die Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens zwischen Kapital und Arbeit; auch das Interpretationsmuster, wonach es sich um eine Verteilungsfrage zwischen „oben“ („Einkommensstarken“) und „unten“ („Einkommensschwachen“) handele, wird immer seltener. In den Vordergrund treten Interpretationsmuster, die in den einzelnen Zweigen des Sozialsystems verschiedene Bevölkerungsgruppen in unmittelbare Konkurrenz zueinander stellen. Die Rentendiskussion stellt die Frage, welche Beitragssätze die „Jungen“ noch bereit sind, für die „Alten“ zu zahlen, in der Krankenversicherung konzentriert sich die Diskussion auf die „Gesunden“ und die „Kranken“. In der Steuerdiskussion werden kinderlose Steuerzahler gegen solche mit Kindern gestellt. Und bezüglich der Arbeitslosenversicherung steht mittlerweile die Frage, wieviel die Beschäftigten, die vorgeblich Arbeitsplatzbesitzer, noch von ihrem Lohn für die Arbeitslosen hergeben wollen.

Der Bundeshaushalt für 1996 mit seinen Kürzungen insbesondere bei der Arbeitslosenhilfe verschärft diese Konstellation. In der Begründung des Gesetzentwurfs zur Sozialhilfe-Reform heißt es programmatisch: „Es geht aber auch darum, die Akzeptanz in der Gesellschaft für soziale Leistungen aufrechtzuerhalten. Die Akzeptanz schwindet, wenn die Menschen, die mit ihrer Arbeit soziale Leistungen erst möglich machen, das Gefühl haben, daß sich andere auf ihre Kosten ausruhen. Soziale Leistungen dürfen nicht zu einer falschen Bequemlichkeit führen. Das zerstört Leistungsbereitschaft und höhlt das notwendige Arbeitsethos in der Gesellschaft aus.“

Der vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf für den Bundeshaushalt 1996 enthält Ausgabenkürzungen in Höhe von 5,8 Mrd. DM (-1,3 % gegenüber 1995). Allein im Ministerium Blüm werden aber im Saldo von Kürzungen und Erhöhungen der einzelnen Haushaltskapitel 10,05 Mrd. DM (-7,8 %) eingespart. Der größte Sparbeitrag soll bei den Bundesleistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz erbracht werden: minus 12,43 Mrd. DM oder 34,2 %. Die wichtigsten Streichposten: — Der Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von zuletzt 8 Mrd. DM fällt 1996 und in den Folgejahren völlig weg. Begründung in der Kabinettsvorlage: „Infolge der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt besteht ab 1996 kein Bedarf für einen Bundeszuschuß...“, weil die Arbeitslosenzahl 1996 im Osten um 150 000 und im Westen der Republik um 200 000 sinken soll. Der Wegfall des Bundeszuschusses bedeutet: keine Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik (ABM, Qualifizierung) und weitere Kürzungen bei der Bundesanstalt, wenn die Prognosen nicht eintreffen.

— Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe in einer Höhe von 3,4 Mrd. DM in 1996 und je 3 Mrd. DM in den Folgejahren.

Hierbei handelt es sich um direkte Leistungskürzungen bei arbeitslosen Personen und um Ausgabenverschiebungen in andere Haushalte. Zu den Leistungskürzungen gehören:

- * Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe ab dem 1.1.1996. Diese Form der Arbeitslosenhilfe ohne vorherigen Bezug von Arbeitslosengeld erhalten z.B. nach einer fünfmonatigen Beschäftigung für maximal ein Jahr gegenwärtig zwischen 35 000 und 40 000 Arbeitslose im Monat. Wird diese Nebentür ins erwerbsarbeitszentrierte Sozialversicherungssystem geschlossen, erspart der Bundeshaushalt 600 Mio. DM in 1996 und 800 Mio. DM in den Folgejahren — und verlangt von den Kommunen nach den Mindestangaben der Regierung Mehrausgaben für die Sozialhilfe in

DM in 1993 auf 984 DM im 1. Quartal 1995, im Osten stiegen sie leicht an von 767 DM auf 776 DM. Diese Durchschnittsbeträge liegen unter dem Sozialhilfeniveau. Weitere Kürzungen werden also zusätzliche Kosten bei der kommunal finanzierten Sozialhilfe verursachen — wenn denn die Arbeitslosen ihre Ansprüche auf ergänzende Sozialhilfe wahrnehmen.

- * Durch die „verstärkte Nutzung“ von neuen, kurzzeitigen „Arbeitsstrainsmaßnahmen“ sollen mindestens 30 000 ALHI-BezieherInnen einen Job von längerer Dauer finden, den sie sonst nicht gefunden hätten, und 300 Mio. DM bei der ALHI einsparen. Eine „Saisonarbeiterhilfe“ in Höhe von 25 DM je Tag soll 45 000 bis 50 000 ALHI-BezieherInnen dazu bringen, für bis zu drei Monate Saisonarbeiten, die bisher für ausländische Arbeitnehmer genehmigt wurden, zu verrichten und so 100 Mio. DM an ALHI zu ersparen. Beide Ziele sind unrealistisch. Tatsächlich geht es darum, mit dem Angebot abschreckender Maßnahmen und kurzzeitiger Beschäftigungen Gründe für Sperrzeiten oder Verzicht auf Arbeitslosenhilfe zu schaffen, also gerade den vom Arbeitsförderungs-gesetz ursprünglich beabsichtigten Schutz vor unterwertiger Beschäftigung und Löhnen unter dem Existenzminimum abzubauen.

* Zwangsverrentungen sollen 1996 bei der ALHI 300 Mio. DM ab dem 1.4. einsparen. Wenn ein Anspruch auf eine Versichertenrente vorhanden ist, muß er zukünftig wahrgenommen werden, weil die Arbeitslosenhilfe gestrichen wird. Betroffen sind 1996 mindestens 19 000 ALHI-BezieherInnen.

- * Erhöhung des Anteils von ALHI-BezieherInnen bei den ABM. Um ab dem 1.4. für 1996 noch wie geplant 700 Mio. DM an ALHI-Ausgaben einzusparen, soll der Anteil der ALHI-BezieherInnen an den ABM-Beschäftigten, die von der Bundesanstalt finanziert werden, erhöht werden. Schätzungsweise 70 000 ABM-Stellen müssen dafür im Jahresverlauf zusätzlich mit ALHI-BezieherInnen besetzt werden. Da die Zahl der ABM-Stellen 1996 aber gleich bleiben soll, führt dies dazu, daß entsprechend weniger Arbeitslosengeld-BezieherInnen zugewiesen werden. Die Ausgaben der Versicherungsgemeinschaft für Arbeitslosenhilfe werden, da die Ausgaben für ALG höher sind als für ALHI, um etwa 1 Mrd. DM ansteigen.

- * Erhöhung des Anteils von ALHI-BezieherInnen bei den mit Lohnkostenzuschüssen nach 249h (Ost) und 242s (West) geförderten Maßnahmen, Einsparung 1996: 300 Mio. DM. Die LKZ für ALHI-BezieherInnen werden aus einem anderen Topf des Arbeitsministeriums finanziert, der um 120 Mio. DM erhöht wurde. Die Länder jedoch, so Sachsen, ziehen sich mehr und mehr aus der Kofinanzierung dieser Maßnahmen zurück und wälzen die Verantwortung auf die Kommunen. Um Blüms Sparziel zu erreichen, müssen letztlich die Kommunen mehr ausgeben.

Betrachtet man die Auswirkungen dieser Kürzungen auf andere Haushalte, drängt sich der Eindruck auf, als wolle Blüm die Bemühungen seines Kollegen Seehofer, mit der BSHG-Novelle die „Ausgabenexplosion in der

Sozialhilfe“ einzudämmen, unterlaufen. Denn Blüms Maßnahmen treiben die Sozialhilfeausgaben in die Höhe. Doch was bei schneller Betrachtung als Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung erscheinen mag, folgt durchaus einem Konzept. Indem jedem Ministerium vorgegeben wird, seinen Anteil zur Senkung der Staatsquote durch Eindämmen und Kürzen konsumtiver Ausgaben beizutragen, führen etwa die Maßnahmen Blüms dazu, daß Seehofer weitere Einschnitte bei der Sozialhilfe vornehmen muß, um die Vorgaben zu erreichen. Ähnlich werden die Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit wirken, und in den Kommunen werden sie die Konkurrenz zwischen den Ansprüchen der Sozialhilfeberechtigter auf ein bedarfssicherndes Existenzminimum, den Ansprüchen von Vätern und Müttern auf kostengünstige Kindergartenplätze, den Ansprüchen auf kulturelle Angebote, günstige Nahverkehrssysteme, erschwungliche Wassertarife, Sozialmieten usw. usf. „hah“ verschärfen. Was wir erleben, eine sich ständig selbst weitertreibende und sich radikalisierende Dynamik der direkten und indirekten Einkommenskürzungen.

Für die Oppositionspolitik der PDS ist es selbstverständlich, daß sie innerhalb und außerhalb der Parlamente gegen die Kürzungen der Arbeitslosenhilfe um Mehrheiten wirbt. Angesichts der skizzierten sozialpolitischen Kürzungsdynamik braucht oppositionelle Politik aber ein darüber hinaus gehendes gesellschaftspolitisches Konzept. Wenn die kapitalistisch strukturierte bundesrepublikanische Gesellschaft nicht in der Lage und bereit ist, allen ein ausreichendes Einkommen über entsprechende Möglichkeiten zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zu verschaffen, ist sie verpflichtet, über ihre sozialstaatlichen Einrichtungen durch entsprechende Transferleistungen allen Menschen zumindest ein bedarfsorientiertes, soziales Existenzminimum zu sichern. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die Bundeshaushalte, d.h. konkret: Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe müssen mindestens Sozialhilfeniveau erreichen.

Des weiteren muß der Mißbrauch der kommunalen Haushalte als Abschiebebahnhof bei der Finanzierung der Einkommen Arbeitsloser beendet werden: Alle Arbeitslosen müssen, unabhängig von zuvor erworbenen Anwartschaften, einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe und Arbeitsförderungsmaßnahmen des AFG erhalten. Verwirklichen lassen sich diese im Grunde bescheidenen Vorstellungen jedoch nur, wenn es gelingt, in der Gesellschaft eine politische Mehrheit zu schaffen, die das Gegeneinander-ausspielen von „Betragszahlern“ und „Leistungsnehmern“ überwindet und die Frage der Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit neu stellt. Dafür reicht es nicht aus zu untersuchen, wo welche Verarmungsprozesse stattfinden und wie unerträglich ein Leben mit nicht existenzsicherndem Einkommen ist. Der Skandal von Arbeitslosigkeit und Verarmung liegt in ihrem Verhältnis zu Profit und Bereicherung. So wie oppositionelle Politik Armut thematisiert, muß sie Reichtum, seine Entstehung, Verteilung und Verwendung thematisieren.

Horst Kahrs ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bei der PDS-Bundestagsgruppe. (Aus Platzgründen gekürzt, d. Red.)



Foto: af/mz

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern ...“

Winfried Holzinger zum Vorgehen der Polizei bei den Hannoveraner „Chaostagen“

Seit längerer Zeit einmal im Jahr wird — nun bereits europaweit — nach Hannover eingeladen. Sie rufen zu ihren Kulturtagen, für die anderen sind es die „Chaostage“, und so kursieren sie im amtlichen Sprachgebrauch. Einladende sind hier „Punks“ (übersetzt: Versager), die bereits Bestandteil jeder städtischen City und auf Grund ihres Erscheinungsbildes und Benehmens für den gemeinen Bürger eine latente Bedrohung und deshalb unwillkommene Gäste sind. Schon im Vorfeld der „Chaostage“ kursierten mehr als 90 Flugblätter und Informationen im Computernetz „Internet“, neben denen sich u.a. eine „Wasserpistolen-guerilla“ zu Wort meldete und die Weltrevolution angekündigt wurde. Doch auch gar Schreckliches wurde gemeldet: „Scherbendemo auf der Lister Meile“, „Gipfeltreffen der Terroristen“, „Pogrom gegen alle Spießer“, „Wir foltern die Gläubigen in der Marktkirche“, „Schutt und Asche könnt ihr haben“. Insgesamt rechnete die Szene mit 5000 Besuchern.

Es gibt keine eindeutigen Gründe, die zu diesen „Punker-Treffen“ in Hannover geführt haben; es gibt einige Zusammenhänge, die für die Stadt Hannover als Treffpunkt sprechen. 1982 verfügte der damalige Polizeipräsident die Errichtung einer „zentralen Nachrichtensammel- und Auswertungsstelle für alle Erkenntnisse über sogenannte Punker“, die sogenannte „Punkerdatei“. Durch die Intervention des Landesdatenschutzbeauftragten wurde die systematische Erfassung der Punker in Hannover abgeschafft und die Kartei aufgelöst. Jedoch schon in diesem Jahr wurde für den ersten „Chaostag“ geworben; unter dem Slogan: „Einmalige Chance, in Hannovers Punker-Kartei zu gelangen“ wurde nach Hannover eingeladen, und bereits im Dezember trafen sich hier ca. 800 Punker. Im Juli 1983 fand das erste Bundestreffen unter dem Motto: „Gegen Bullen und Bonzen“ statt. (...)

Für die „Chaostage“ 1995 in Hannover erwartete Polizeidirektor Wiedemann (der zuvor der Geschäftsführer der niedersächsischen Polizeireform-Kommission war) auf Grund der Meldungen zahlreicher Polizeidienststellen im In- und Ausland über ihre örtlichen Punkszenen ca. 2500 Punks. Ein Deeskalationskonzept war Bestandteil und Ergebnis der Niedersächsischen Polizeireform-Kommission. Wer als der Polizeidirektor Wiedemann wäre sonst der bessere Mann gewesen, um dieses Konzept im Einsatz auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Später wurde von dem Sportsoziologen Dr. Gunter Pilz, der an diesem Reformkonzept mitgearbeitet hat, behauptet, daß es innerhalb des Polizeiapparates offenbar einen organisierten Widerstand gegen das Konzept der Deeskalation gibt. In diesem Zusammenhang machten sich dann die späteren Fehler in der Einsatzführung bemerkbar, denn in der Durchführung zeigte es sich, daß die Polizei mal einschritt und dann mal wieder nicht einschritt.

In den Autonomen Zentren im Bereich der Nordstadt, in denen es in den Jahren zuvor bei diesen Treffen immer zu Ausschreitungen gekommen war, wurden vorsorglich an diesem Wochenende der „Chaostage“ keine Veranstaltungen geplant. Die Bürger der Nordstadt, die bei diesen Treffen immer am meisten betroffen wären, forderten die Polizei auf, dafür zu sorgen, „auswärtige Besucher, die das Chaos zum Ziel gesucht

hätten, von der Nordstadt fernzuhalten“.

Frühe Eskalation und Gewahrsamnahmen

Deutliche Anreisetendenzen waren ab dem Mittwoch (2.8.95) zu erkennen. An diesem Tag kam es im Bereich der Nordstadt auch schon zu der ersten Massengewahrsamnahme, wobei 26 Punker nach einer Pöbeleie im angetrunkenen Zustand von der Polizei festgehalten wurden. Sie erhielten ein Aufenthaltsverbot für die Stadt Hannover und wurden am Abend Zügen zugeführt, mit denen sie die Heimreise antreten sollten. An diesem Abend wurden von der Polizei bereits 300 Punker in der Stadt gemeldet. Am Donnerstag darauf kam es dann zur ersten Straßenschlacht in der hannoverschen Nordstadt, zwischen ca. 400 Punkern und 2 Hundertschaften der Polizei. Es wurden Barrikaden errichtet und angezündet. Da die Brände auf angrenzende Häuser übergreifen drohten, versuchte die Feuerwehr, das Feuer zu löschen. Hierbei wurde sie mit Steinen angegriffen, so daß sie nur im Schutz von Polizeischilden diesen Brand bekämpfen konnte. Trotzdem wurden einige Feuerwehrbeamte durch Wurfgeschosse verletzt. Bereits an diesem Tag wurden in der Innenstadt Platzverweise verfügt, ca. 140 Punker durften den Innenstadtbereich nicht mehr betreten, 60 weitere Punker wurden, weil ihnen Straftaten vorgeworfen wurden, kurzfristig in Gewahrsam genommen und mit Aufenthaltsverboten bis zum Ende der Chaostage belegt. Diese Verdrängung aus dem Innenstadtbereich durch die Polizei führte zu diesem Zeitpunkt bereits dazu, daß sich die meisten Punker in die Nordstadt absetzten und im Bereich des Sprengelgeländes (besetztes ehemaliges Fabrikgelände) Schutz suchten.

Am Freitag nachmittag wiederholten sich die Straßenschlachten im Bereich der Nordstadt an den erneut am Vorabend errichteten 2 Meter hohen Barrikaden; die ersten schweren Verletzungen auf beiden Seiten werden verzeichnet. Hierbei wird festgestellt und dokumentiert, wie ein Zug der hannoverschen Bereitschaftspolizei mit Pflastersteinen zurückwirft.

An diesem Tag wurden durch die Polizei insgesamt 150 Randalierer festgenommen, 200 Punker kamen in polizeiliches Gewahrsam, und 300 erhielten Platzverweise. Am Abend waren bereits ca. 1000 Punker in der Stadt. Bereits mit Zügen anreisende Punker wurden vom Bundesgrenzschutz wieder in ihre Heimorte zurückgeschickt.

Einschreiten wg. Kleidung, „ab ins Lager“

In dieser Phase zeigte sich, daß in erster Linie nur die Äußerlichkeiten wie bunte Haare oder zerrissene Kleidung die Polizei zum Einschreiten veranlaßte. Es wird beobachtet, wie Polizisten in der Innenstadt kleine Gruppen von Punkern zu den bereitstehenden Gefangenensbussen begleiten. Während die Männer in einer leerstehenden Militär-Kaserne untergebracht werden, wurden die Frauen in einer Turnhalle der Bereitschaftspolizei einquartiert. Die weisse Voraussicht der Punkerflugschriften erfüllt sich. Unter dem sarkastischen Motto „Ab ins Lager“ wurde dort bereits die „größte Massenverhaftung in

der Bundesrepublik Deutschland“ angekündigt.

Jetzt zeigt es sich deutlich, daß der Gesamteinsatz nicht nach den Prinzipien der Deeskalation geführt wird. (Die Formulierung des Einsatzbefehles, keine Duldung von Rechtsverstößen, volles Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten bei niedriger Einschreitschwelle von Anfang an, zeigte deutlich, daß es sich hierbei um ein Offensivkonzept gehandelt hat, wie es auch später von Innenminister Glogowski zugegeben wurde.) Frühzeitig und ohne besonderen Grund oder aus Gründen, die auch tolerierbar gewesen wären, werden Punkern Platzverweise ausgesprochen, werden sie in polizeiliches Gewahrsam genommen und wurden Aufenthaltsverbote für die Stadt ausgesprochen. Eine Trennung zwischen friedlichen, nur feiern wollenden Punks und den gewalttätigen Gruppen wird verpaßt, die demonstrierende Stärke der Polizei in der Innenstadt provozierte zusätzlich die Punker. An diesem Tag zeigte es sich, daß sich an den Krawallen nicht nur Punker beteiligten, sondern daß sich mit ihnen auch jugendliche Straßengangs, Skinheads, Hooligans und kurdische Jugendliche gegen die Polizei verbündeten. Teilweise kommt es auch zu Zusammenstößen in der Innenstadt zwischen Hooligans und Punkern.

Das Schwanken zwischen Zurückhaltung und konsequentem Einschreiten der Polizei wird immer deutlicher und undurchsichtiger. Während der Sommerschlußverkauf in einer fast „punkerfreien“ Innenstadt störungsfrei abläuft, verändert sich das Leben der Nordstadtbewohner. Dort entbrennt eine Schlacht zwischen Punkern und der Polizei, die mehrere Stunden andauert. Polizisten igeln sich mit Schutzschilden in Seitenstraßen ein; Punks lassen einen Steinhagel auf die erschöpften Polizisten regnen, schieben ein Auto in diesen Polizeipulk. Viele Polizisten werden verletzt. Die Einsatzleiter lehnen die dringenden Bitten nach Unterstützungskräften ab und befehlen den Rückzug. Die Bewohner haben Angst, Kinder können die ganze Nacht nicht schlafen und weinen. Teilweise können die Bewohner weder in ihre Häuser noch diese verlassen, die Einschulung der ABC-Schützen wird verschoben, die Postzustellung erst später durchgeführt werden. Viele Geschäfte haben geschlossen. Es wurde gar nicht verhindert, daß gewaltbereite Punker in dieses Wohnviertel gelangten. Gerüchte werden laut, daß man die Nordstadt für einen ruhigen Sommerschlußverkauf geopfert hat. Die Polizeikräfte sind am Rande ihrer Erschöpfung; übermüdet wegen der langen Einsatzzeiten und der fehlenden Ersatzkräfte, erschreckt über die hohen Verletzungsgrade, enttäuscht über die Einsatzführung (ständiges langes Warten auf Unterstützungskräfte in gefährlichen Situationen) und mangelnde Ausrüstung. Im inneren Ablauf zeigten sich erhebliche Mängel in der Führung. Diese Bedingungen zeigen, daß unter diesen Voraussetzungen ein deeskalierendes Konzept keine Chance gehabt hätte. Eine Trennung zwischen friedlichen und gewaltbereiten Punkern ist nun nicht mehr möglich. (...)



In der Nordstadt werden Schaufensterscheiben von mehreren Geschäften zerstört und die Inhalte ausgeräumt, ein Supermarkt wird durch

Punker aufgebrochen und geplündert. An der Plünderung beteiligen sich später auch Bewohner der Nordstadt. Die Polizei sieht dieser Plünderung 14 Stunden lang tatenlos zu. Polizisten vor Ort, die diese Plünderung verhindern wollen, werden von der Einsatzleitung mit der Begründung zurückgehalten, daß dieses toleriert werde. (...) Am Sonntag beginnt dann die Heimreise der Punks, dabei reist der größte Teil in Polizeibegleitung ab.

Mindestens 700 rechtswidrige Ingewahrsamnahmen

Bilanz des Chaos-Wochenendes: ca. 2000 Besucher von Punkern, ca. 3000 PolizistInnen, davon 2000 ständig im Einsatz, ca. 300 verletzte Punker, ca. 180 verletzte PolizistInnen, davon 21 schwer, ca. 1200 Personen (in der Regel Punks) von insgesamt 2000 wurden in polizeiliches Gewahrsam genommen. Ca. 200 Strafverfahren sind eröffnet worden. Gegen den Innenminister Glogowski und die Einsatzführung wurde Strafanzeige aus den Reihen der Polizei erstattet. Während Polizeidirektor Wiedemann schwere Fehler eingestanden und die Verantwortung übernommen hat, verteidigt der Polizeipräsident Herbert Sander diesen Einsatz und weigert sich weiterhin, auch offensichtliche Pannen einzugestehen, und übernimmt nicht die Verantwortung. Durch die CDU-Landtagsfraktion wurde vor dem Landtag ein Untersuchungsausschuß beantragt.

Bei der Analyse der Ingewahrsamnahmen stellte sich folgender Sachverhalt heraus: Bis zu 8 Stunden wurden 55 Erwachsene und 111 Jugendliche (166 festgehalten, zwischen 9 und 26 Stunden wurden 429 Erwachsene und 120 Jugendliche (549), zwischen 27 und 31 Stunden wurden 157 Erwachsene und 17 Jugendliche (174), also insgesamt 888 Personen, davon also 723 Personen über 8 Stunden festgehalten. Ca. 240 Personen wurden wegen Straftaten auch nach der StPO vorläufig festgenommen, gegen 18 Personen wurden Haftbefehle beantragt, davon sind 15 Haftbefehle erlassen worden, von denen jedoch 8 so fort gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt wurden. In weniger als 10 Fällen beantragte die Polizei bei einem Richter, den Gewahrsam auf mehr als 1 Stunden auszudehnen. Die Richter lehnten jedoch diese Anträge mit der Begründung ab, daß die Polizei keine ausreichenden Anhaltspunkte präsentieren hätte, über die hätte entschieden werden können. Denn meistens waren die Jugendlichen wegen ihres Aussehens und ihrer Anwesenheit bei den „Chaostagen“ in Gewahrsam genommen worden. Nach gängiger Rechtslehre hätte u.a. jeweils im konkreten Fall nach vollziehbare Tatsachen für eine akute Bedrohung vorliegen müssen, da ein bloßer Eindruck nicht ausreicht. Während der Chaostage waren ständig zwei Amtsrichter im Einsatz gewesen, weitere in Rufbereitschaft, außerdem sei ein Oberstaatsanwalt extra für das Chaos

Wochenende eingestellt worden, der der Polizei vor Ort zur Verfügung stand.

In der Zusammenfassung sind demnach in ca. 700 Fällen Gewahrsamnahmen rechtswidrig gewesen, da diese Personen unverzüglich bzw. spätestens nach 8 Stunden für eine Höchstdauer von bis zu 48 Stunden einem Richter für den Weiterbestand der Ingewahrsamnahme vorgeführt wurden. Hierbei handelt es sich auch um einen Verfassungsverstoß (aus Art. 104 II GG). Dies ist ein Skandal, da hier vorgeschriebenes Recht nicht pflichtgemäß angewandt wurde. Die betroffenen Personen hätten in diesen Fällen freigelassen werden müssen. Verwunderlich ist hierbei, daß die Polizei zuvor erklärt hatte, daß nur in wenigen Fällen versäumt worden sei, die entsprechenden Genehmigungen von den Richtern einzuholen. Es bleibt abzuwarten, wie die Kostenberechnung für den Gewahrsams-Aufenthalt dieser Personen aussehen wird.

Nach den Chaostagen begann der politische Streit über die Verantwortung dieser Entwicklungen. Während in den ersten Äußerungen noch von einem gelungenen Polizeieinsatz gesprochen wurde, entwickeln sich diese Tage zu einem politischen Chaos. Die Voraussetzung von Campino, dem Sänger der Band „Die Toten Hosen“, vor den Chaostagen hatte sich erfüllt; er hatte vorausgesagt, daß wieder einige CDU-Leute mit einiger Sicherheit ein verschärftes Demonstrationsrecht fordern werden. Damit war zumindest die Richtung des Streites richtig erfaßt, die nicht nur den polizeirechtlichen Bereich, sondern auch die reformistischen Bestrebungen innerhalb der Polizei betreffen werden. In beiden Bereichen versuchen sich nun die Hardliner wieder durchzusetzen, um einerseits rechtliche Verschärfungen zu fordern und andererseits die Reformansätze innerhalb der niedersächsischen Polizei für die Einsatzkonzeption und -führung verantwortlich zu machen, um diese zu kippen.

Dabei zeigt sich schon von vorneherein, daß die Forderung nach einer Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams, über die nun auch die SPD nachdenken will, nicht notwendig ist und bei der Analyse des Polizeieinsatzes auch zu keinem anderen Ausgang der Entwicklung beitragen hätte. Besonders erstaunlich ist diese Argumentation, da am Beispiel von Hannover eindeutig zu erkennen ist, daß die vorhandenen Möglichkeiten des Polizeirechts nicht ausgeschöpft worden sind. Angesichts dieser Tatsachen eine Verschärfung des Polizeirechts, d. h. eine Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams bis zu 14 Tagen, zu fordern, ist nahezu eine Posse, wenn sie nicht so ernsthaft wäre. Es waren auch nicht die Reformentwicklungen und die Verantwortlichen der Polizeireform, die für die Fehler verantwortlich zu machen sind, sondern es sind eher die nicht umgesetzten Prinzipien der Polizeireform.

In der gesamten Diskussion ist schon jetzt zu erkennen, daß es allen Politikern gelungen ist, ihre Verantwortlichkeit für die Ursachen der Chaostage in Hannover auf die Schultern der Polizei zu verlagern. Anstatt eine an den Gewalt-Ursachen orientierte Jugend- und Sozialpolitik zu betreiben, entscheiden sie sich lieber für den einfachen und billigeren Weg; sie machen aus der Sozialpolitik eine Sicherheitspolitik und verschieben damit ihre Verantwortung. Damit ist der Verlauf der Chaostage 1996 schon vorgezeichnet.

Winfried Holzinger ist Mitglied der BAG „Kritische Polizistinnen und Polizisten“ e.V. Sein aus Platzgründen von der Redaktion gekürzter Artikel erscheint ungekürzt in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Unbequem“.

Unser Ziel ist das Ende des Krieges

Gemeinsame Erklärung jugoslawischer Kommunisten und der DKP

Der Bund der Kommunisten – Bewegung für Jugoslawien und die Deutsche Kommunistische Partei trafen sich vom 24. bis 26. Juli 1995 in Belgrad (also vor der jüngsten kroatischen Offensive, Anmerkung d. Red.). Die Vertreter beider Parteien einigten sich auf die folgende gemeinsame Erklärung.

Über Jahrzehnte war die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ein Stabilitätsfaktor in Europa. Heute ist das Land zerstükkelt, von Sezessions- und Bürgerkrieg schwer gezeichnet. Hunderttausende Tote, Verstümmelte, Gefolterte, Vertriebene klagen an. Völker, die jahrzehntelang friedlich miteinander auskamen, leben nun im Kriegszustand; Familien, deren Identität niemals ethnisch bestimmt war, sind zerrissen. Nationalisten und Extremisten aller Seiten machen Bosnien-Herzegowina zum Schlachtfeld. Die aktuelle militärische Eskalation bedroht die Stabilität und den Frieden in der gesamten Region.

Daher fordern wir:

- * einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand und die Entmilitarisierung aller Schutzzonen,
- * die Aufnahme von Verhandlungen für eine politische Lösung des Konfliktes.

Für die entstandene Situation trägt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland enorme Mitverantwortung. Die voreilige völkerrechtliche Anerkennung abgefallener Republiken und die von Bonn unterstützte Kantonalisierung Bosnien-Herzegowinas arbeitete nationalistischen Kräften in die Hände und verbaute Chancen für Verhandlungslösungen. Die einseitige Parteinahme gegen Jugoslawien und gegen Interessen der serbischen Bevölkerung beschleunigte die Krise und beförderte die militärische Eskalation, bei der auch Waffen aus Deutschland zum Einsatz kommen.

Die deutsche Regierungspolitik verfolgt auf dem Balkan eigennützige Ziele. Die Zerstückelung des jugoslawi-

schen Wirtschaftsraumes lag im Interesse des deutschen Kapitals. Kleinstaaten sind leichter zu beherrschen und, je nach Bedarf und entsprechend den Interessen des deutschen Kapitals, in die Arbeitsteilung der Europäischen Union einzubeziehen. Ein destabilisierter Balkan bietet Deutschland die Chance, als Ordnungsmacht aufzutreten und die alten Einflusssphären in Ost- und Südosteuropa wiederzugewinnen.

Die deutsche Regierung unternimmt nichts gegen die deutschen Neonazis, die an der Seite der kroatischen Faschisten kämpfen. Diese stehen in der direkten Nachfolge der Ustascha-Faschisten, die eine Million Bürger des späteren Jugoslawien massakrierten. Unvergessen bleibt, daß es die Nazis waren, die das Marionettenregime der Ustascha-Faschisten in Kroatien installiert hatten. Unvergessen bleiben der Terror und die Greuel des deutschen Faschismus und der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan, 50 Jahre nach dem Ende des faschistischen Weltkrieges fordern wir:

- * Kein Einsatz der Bundeswehr auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien!
- * Nie wieder dürfen deutsche Soldaten den Boden betreten, der vom Blut Hunderttausender Opfer der faschistischen Barbarei getränkt ist.
- * Wir rufen die Friedensbewegung in Deutschland auf: Verhindert deutsche Militäreinsätze! Verhindert den Einsatz der Tornados! Setzt den Abzug der Bundeswehr durch!

Die militärische Konfrontation eskaliert. Die geplanten Einsätze der Tornados, der Einsatz der NATO-Truppen, die Aktivierung der Schnellen Eingreiftruppen führen nicht zur Beendigung des Krieges. Im Gegenteil: Weitere Eskalation und Internationalisierung des Konfliktes wären die Folgen. Es gäbe nur noch mehr Zerstörung, noch mehr Tote und Verwundete. Frieden läßt sich nicht herbeischießen. Alle diplomatischen, politischen und ökonomischen Mittel müssen darauf konzentriert werden, eine politische Lösung zu finden, die allen Völkern gleiche Rechte ver-

schaft. Wir jugoslawischen und deutschen Kommunisten erklären:

Unser Ziel ist das Ende des Krieges!

Wir fordern:

- * Sofortiger Stopp aller Vorbereitungen zu militärischen Einsätzen der NATO und der WEU!
- * Schluß mit den illegalen Waffenlieferungen, Aufrechterhaltung des UN-Waffenembargos und Verschärfung der Kontrollen zu seiner Durchsetzung.
- * Die UNO darf keiner Partei eine Lösung aufzwingen. Notwendig ist der politische Druck auf alle Seiten, um zu einer Friedenskonferenz für Jugoslawien zu gelangen.
- * Freie und geheime Wahlen in Bosnien-Herzegowina unter Kontrolle der Vereinten Nationen. Nur so können in den Teilgebieten repräsentative Volksvertretungen geschaffen werden, die willens und in der Lage sind, eine politische Lösung zu finden.
- * Internationale Beiträge zur Schaffung eines politischen Klimas, in dem das Recht aller Völker des ehemaligen Jugoslawien auf Selbstbestimmung und friedliches Zusammenleben realisiert werden kann.
- * Schluß mit der Wirtschaftsblockade gegen Jugoslawien..
- * Entwicklung eines internationalen Hilfsprogramms für den Wiederaufbau des ehemaligen Jugoslawien.

Gemeinsam appellieren wir an die Friedenskräfte, an alle demokratischen und linken Kräfte in unseren Ländern und in den anderen Staaten Europas:

Kämpft gegen Nationalismus und Faschismus! Erzeugt Druck für eine politische Lösung!

Macht den Ruf unüberhörbar: Schluß mit dem Krieg in Jugoslawien – Jetzt!

Belgrad, 26. Juli 1995

gez.
Bund der Kommunisten – Bewegung für Jugoslawien: Ratko Krsmanovic, Vorsitzender;
Deutsche Kommunistische Partei: Heinz Stehr, Sprecher.



Tito (rechts) 1943 während des jugoslawischen Volksbefreiungskrieges gegen die deutsche NS-Besatzung.

Mit Nationalisten gibt es keine Friedenslösung

Dokumentiert: Ein Interview des „Neuen Deutschland“ mit dem Vorsitzenden des BdKJ

Das „Neue Deutschland“ druckte am 14. August das im folgenden dokumentierte Interview mit Prof. Ratko Krsmanovic, Vorsitzender des Bundes der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien, über die Meinung der jugoslawischen Kommunisten zu den Hintergründen des Krieges auf dem Balkan und Möglichkeiten einer Lösung ab.

■ Welche Erklärung haben Sie für den Zerfall Jugoslawiens und den derzeitigen Krieg?

Jugoslawiens politische Bürokratie war unfähig, die schweren gesellschaftlichen Probleme — Uneffektivität der Wirtschaft, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Widerspruch zwischen deklarierten und tatsächlichen Werten — zu bewältigen. Um von dieser Unfähigkeit abzulenken, verbündete sie sich mit Kräften und Ideologien des Nationalismus, setzte auf die primitivsten Instinkte in der Gesellschaft. Dieser Rückfall, das war klar, bedeutete akute Gefahr für die Existenz Jugoslawiens und den Frieden auf dem Balkan.

Dazu erlangten mit Einführung des Mehrparteiensystems auch Kräfte und Parteien der nationalen Ausschließlichkeit Legalität. Erscheinungen der Vergangenheit — die Bewegungen der Tschetniks, Ustascha und Monarchisten — wurden wiederbelebt. Die schürten den Haß zwischen den Völkern und wurden so zu Instrumenten des Bürgerkrieges.

Gefördert wurde der Separatismus auch durch die Definition Jugoslawiens als Föderation auf der Basis eines Vertrags zwischen den Republiken und Gebieten, was dem Nationalismus breiten Raum bot.

■ Sie meinen, die Verfassung von 1974 habe die Krisen wesentlich verursacht?

Ja, aber nicht nur sie. Der äußere Fak-

tor ist nicht zu vergessen. Ökonomische Hilfe, internationale Kredite und die damit verbundene technologische Abhängigkeit des Landes ermöglichten dem Ausland die Kontrolle der Machtzentren. In der Folge wurde immer weniger gegeben, aber immer mehr gefordert. Und personelle Entscheidungen förderten diese Tendenz. Einzelne Vertreter neugewählter Machtorgane und ausländischer Institutionen unterstützten den Sezessionismus unwahrscheinlich leichtfertig. Dabei ließen sie völlig außer acht, daß Grenzveränderungen auf dem Balkan immer zum Krieg führten.

Zu den Ursachen der Krise sind aber unbedingt auch die verschiedenen Formen der Kompromittierung von Sozialismus und Selbstverwaltung zu zählen und die Auswirkungen der Ereignisse in den ehemals „realsozialistischen“ Ländern. Die bürokratischen Strukturen haben die großen Ideen des Sozialismus und der Selbstverwaltung lange Zeit zur Manipulierung der Gesellschaft mißbraucht. Ihre Verantwortungslosigkeit äußerte sich in unkontrollierter Auslandsverschuldung, Fehlinvestitionen, Veruntreuung von Finanzen u.ä. Das führte dazu, daß die Wirtschaft unfähig war, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen.

■ Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Haltung der Welt Ihrem Land gegenüber?

Der BdK-BfJ ist der Meinung, daß die Bundesrepublik Jugoslawien ungerecht bestraft ist und daß die Sanktionen ein Ausdruck der Unfähigkeit der UNO und ihrer Organe sind, das Wesen der Krise zu erkennen. Zugleich äußert sich darin das Streben der militärischen und ökonomischen Machtzentren der Welt, Einfluß auf den Balkan zu gewinnen. Denen geht es um die Sicherung entsprechender Positionen in den neuen Staaten. Deshalb wurde der Krieg sehr

schnell internationalisiert.

Will die internationale Gemeinschaft eine Ausweitung des Krieges verhindern, muß sie sich zuerst von ihrer Parteilichkeit befreien. Die Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien müssen bedingungslos aufgehoben werden, denn sie ist weder Okkupant, noch stellt sie territoriale Ansprüche. Zudem dürfte der Sezessionismus von Angehörigen der nationalen Minderheiten im neuen Jugoslawien nicht gefördert werden.

■ Das ist aber noch keine Lösung für Bosnien!

Durch ihre Politik des doppelten Standards macht sich die internationale Gemeinschaft doch selbst für die Fortsetzung des bewaffneten Konflikts verantwortlich. Erste Voraussetzung für die Überwindung der Krise ist aber die Einstellung der bewaffneten Konflikte.

In Bosnien-Herzegowina müssen Bedingungen geschaffen werden, die Legitimität der dortigen nationalistischen Führungen zu überprüfen. Die Nationalisten, die die Menschen in den Krieg geführt haben, wollen keinen Frieden. Sie müssen isoliert und Verbrecher müssen bestraft werden. Erst wenn man sich auf neue Kräfte stützt, die nicht vom Nationalismus erfaßt sind, kann man in Bosnien vom Frieden reden.

■ Ihre Partei nennt sich „Bewegung für Jugoslawien“. Das meint heutzutage „Ex-Jugoslawien“. Hat diese Konstruktion denn noch eine Chance?

Die Respektierung des Rechts der staatstragenden Völker auf Selbstbestimmung würde die gegenseitige Anerkennung der neuen Staaten ermöglichen. Damit wurden zugleich Bedingungen für eine Re-Integration des jugoslawischen Raums geschaffen. Die gegenwärtige Lage macht die Notwendigkeit der Existenz Jugoslawiens in diesem

Raum sehr deutlich.

■ Und wie stellen Sie sich diese Re-Integration vor?

Auf folgendem Wege:

— Durch Wiederherstellung der Wirtschaftsverbindungen, der Verkehrswege und des Energie- und Kommunikationsnetzes werden Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes geschaffen.

— Ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, anfangs eine Zoll- und Finanzunion, ermöglicht Investitionen und die Wiederbelebung der von Krieg und Rezession betroffenen Gebiete.

— Der Schaffung transnationaler Wirtschaftssubjekte folgen transnationale politische Organisationen. Die künstlich gezogenen Grenzen würden rasch durchlässig werden.

— Der so entstandene gemeinsame „politische Markt“ als Raum für den freien Austausch politischer Ideen und Programme wäre auch die Grundlage für die Wiederherstellung einer gemeinsamen jugoslawischen staatlichen Architektur.

■ Welche politischen Kräfte könnten ein solches Programm verwirklichen?

Für ein solches Ziel kann nur eine vereinigte Linke kämpfen, die dank einheitlicher Aktionen in der Lage ist, sich den nationalistischen Parteien und ihrem Desintegrationskurs zu widersetzen. Nur eine vereinigte Linke kann die jetzt paralysierten schöpferischen Potentiale befreien und den Menschen Vertrauen und Hoffnung zurückgeben.

An den Folgen des jugoslawischen Sturzes werden gewiß noch einige Generationen zu tragen haben.

Nachdruck aus: „Neues Deutschland“, 14.8.95. Die Fragen stellte Marko Winter.

Spanien vor einem politischen Machtwechsel

González steht vor dem Fall. Skandal um die antibaskische Terrorgruppe GAL

Der spanische Regierungschef Felipe González steht kurz vor dem Fall. Es erscheint immer wahrscheinlicher, daß der Skandal um die antibaskische Terrorgruppe GAL den Ministerpräsidenten politisch den Kopf kosten wird. Das Schlimme daran ist, daß der Sturz des machtsüchtigen Andalusiers in den Justizbehörden vorbereitet wurde und nicht das Ergebnis einer gesellschaftlichen Opposition gegen die autoritäre, neoliberale Politik seiner Regierung ist. Dies garantiert nämlich, das die nächsten Wahlen von der Rechten gewonnen werden und in Spanien alles so weitergeht wie bisher.

Aller Voraussicht nach wird der Oberste Gerichtshof Spaniens im September beim Kongreß die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von González und einigen anderen sozialistischen Parlamentariern beantragen, um ein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Fall GAL zu eröffnen. Hauptvorwurf gegen Felipe González: Gründung einer terroristischen Vereinigung. Das dürfte selbst der skandalerprobte González politisch nicht überleben, obwohl er in den letzten 13 Jahren Spanien eher mit der Attitüde eines Caudillos von Gottes Gnaden denn mit

der eines den demokratischen Institutionen verantwortlichen Regierungschefs regiert hat.

Der Fall GAL ist symptomatisch für die Ära der regierenden Sozialisten, die 1982 mit einem spektakulären Wahlsieg des jungen, charismatischen González begann und aller Voraussicht nach noch dieses Jahr in einem Debakel aus staatlichem Terror, Korruption und wirtschaftlichem Desaster zu Ende gehen dürfte. In der Geschichte der antibaskischen Terrororganisation, die in den 80er Jahren einen schmutzigen Krieg gegen ETA führte, wiederholen sich wesentliche Elemente der PSOE-Politik der letzten Jahre: der naive Glaube, die baskische Frage militärisch lösen zu können, die völlige Mißachtung demokratischer Normen, die sorglose Zusammenarbeit mit faschistischen Strukturen im Polizei-, Militär- und Geheimdienstapparat, kurz die einer Politik der Repression gegen die baskische Befreiungsbewegung, die durchaus in Kontinuität zur frankistischen Baskenland-Politik steht.

28 vermeintliche oder tatsächliche ETA-Mitglieder fielen dem Terror der GAL zwischen 1983 und 1988 zum Opfer. Die Killer der GAL konnten sich unge-

hindert zwischen ihrem Hauptaktionsgebiet, dem französischen Baskenland, und Spanien bewegen. Menschen aus dem Umfeld der baskischen Befreiungsorganisation wurden entführt, gefoltert und ermordet. 1988 schließlich mußte ein Bauernopfer gebracht werden. Zwei Angehörige der Guardia Civil wurden für die Verbrechen der GAL verurteilt. Die politischen Hintermänner blieben im Dunkeln. Im Dezember letzten Jahres brachen die beiden Polizisten ihr Schweigen. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden, ihre Enttäuschung über den ausbleibenden Gnadenerlaß war sicherlich nur ein Motiv. Mit ihren Aussagen jedenfalls begann der Niedergang des PSOE-Systems.

In rascher Folge wurden verhaftet: Julian Sancristobal, Zivilgouverneur der baskischen Provinz Vizcaya und späterer Staatsschutzchef, Francisco Alvarez, Polizeichef von Bilbao, und Miguel Planchuelo, Ex-Chef der geheimdienstlichen Abteilung. Kurz darauf wanderten auch Rafael Vera, Antiterrorspezialist und Nummer zwei des Innenministeriums, und Ricardo Garcia Damborenea, ehemaliger PSOE-Chef in Vizcaya, in den Knast. Letzterer

nun ließ vor ein paar Wochen die Katze aus dem Sack. Er nannte dem Ermittlungsrichter Baltasar Garzon erstmals den Namen des geheimnisvollen Senor X, in dessen Händen alle Fäden der GAL zusammengelaufen sein sollen: Felipe González.

Ob González tatsächlich vor ein Gericht gestellt und verurteilt wird, macht letztlich keinen Unterschied. Schon jetzt ist klar, das die GAL keine private Terrorgruppe, sondern Teil der staatlichen Anti-ETA-Strategie war. Es ist auch bekannt, das gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung weiterhin auch mit illegalen Mitteln vorgegangen wird. Willkürliche Verhaftungen sind in Euskadi (Baskenland) an der Tagesordnung, in spanischen Knästen und Polizeiwachen wird gefoltert. Dagegen regt sich außerhalb Euskadis kein größerer Protest. In der spanischen Parteienlandschaft existiert von links bis rechts eine stillschweigende Übereinkunft, daß der Kampf gegen ETA mit allen Mitteln geführt werden muß.

Viel bedeutender erscheint die Tatsache, daß der Sturz der PSOE-Regierung aus den Institutionen der Justiz heraus

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 6: Spanien ...

betrieben wird. Das legt zum einen den Verdacht nahe, daß bestimmte Macht- eliten nun den Zeitpunkt für einen Wechsel für gekommen sehen und noch immer über die Instrumente verfügen, einen solchen herbeizuführen.

Zum anderen ist es für die gesell- schaftlich fortschrittlichen Kräfte bitter, daß sie nicht in der Lage waren, den notwendigen politischen Druck zu erzeugen, der den machtbesessenen Auto- kraten zu Fall gebracht hätte bringen können.

Ansatzpunkte dafür bot die PSOE-Po- litik der letzten Jahre genug. Alle Wahl- versprechen, die zum triumphalen Sieg der Sozialisten 1982 führten, wurden von González systematisch gebrochen. Weder trat Spanien aus der Nato aus, noch wurde eine sozialistische Wirt- schaftspolitik initiiert oder eine tat- sächliche Demokratisierung der politi- schen Institutionen vorangetrieben. Im Gegenteil: Im Jahr 13 der PSOE-Regie- rung gibt es mit annähernd 25 Prozent mehr Arbeitslose als je zuvor, die knall- harte neoliberalistische Wirtschaftspo- litik hat zu einem Bonanza-Kapitalis- mus ohne nachhaltige Entwicklung ge- führt, und Korruption und Vetternwirt- schaft sind inzwischen auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung die norma- len Verkehrsformen.

Ihre letzte große Anstrengung gegen das PSOE-System unternahm die spani- sche Linke im Januar letzten Jahres. Gegen die „reforma del mercado labo- ral“, ein Reformpaket, das eine weitest- gehende Deregulierung der Arbeitsver- hältnisse beinhaltet, wurde zum landes- weiten Generalstreik mobilisiert. CCOO und UGT, die beiden großen, je- weils kommunistisch und sozialistisch dominierten Gewerkschaften, organi- sierten den 24stündigen Streik, Izquier-



Spanische Polizei im Einsatz gegen eine Demonstration im Baskenland: Bilbao, 1984.

da Unida (Vereinigte Linke) als stärk- ste Linkspartei (wenn man den regie- renden PSOE trotz seines Namens nicht mehr unter dieser Kategorie führt) und quasi alle anderen Organisationen und Parteien der Linken unterstützten den Ausstand.

Der Streik wurde zum Erfolg, die spä- tere Haltung der Gewerkschaften machten ihn zum politischen Desaster. Von der gewerkschaftlichen Mobilisa- tion unbeeindruckt, peitschte die Regie- rung ihr Reformpaket mit den Stimmen

der Rechten durch das Parlament, und die Gewerkschaften schwiegen. Das sehr hohe Mobilisierungspotential der Basis verpuffte angesichts dieser völlig passiven Haltung, der Erfolg des Streiks wurde zur politischen Nieder- lage der Linken.

An diesem Zustand der Agonie hat sich bis heute nicht viel geändert. Zwar hat die IU bei den Kommunalwahlen im Mai einiges zugelegt, profitiert hat vom Niedergang des PSOE jedoch haupt- sächlich der rechte PP. So besteht kein

Zweifel, daß dieser die vorgezogenen Neuwahlen gewinnen wird, egal ob sie nun wie geplant im Februar oder schon im Herbst stattfinden werden. Und kein Zweifel besteht auch daran, daß sich in Spanien nichts ändern wird. Eine noch arbeitfeindlichere Politik kann auch der PP nicht machen, und was die Themenbereiche Repression, Demokratisierung etc. angeht, haben die Sozialisten Maßstäbe gesetzt, die zu übertreffen selbst der spanischen Rech- ten schwerfallen dürfte. — (anr)

Karibische Staaten berieten Zusammenarbeit

Ein Gipfeltreffen in Port of Spain, Trinidad, verurteilte am 24. Juli die Blockade gegen Cuba

In Port of Spain, der Hauptstadt des Karibikstaates Trinidad, fand in der vergangenen Woche das erste Gipfel- treffen der „Vereinigung karibischer Staaten“ (ACS) statt. Die ACS wurde am 24. Juli 1994 gegründet, um die Posi- tion der mittelamerikanischen Länder gegenüber den USA und der Europäi- schen Union zu stärken. Neben den Staaten der Karibischen Gemeinschaft (Caricom) sind auch Kolumbien, Mexi- co, Venezuela, Haiti, die Domenikani- sche Republik und Kuba Mitglied — ins- gesamt drei Viertel aller Staaten der beiden Amerikas.

Das Gipfeltreffen stand ganz im Zei- chen der Auseinandersetzung mit der Blockadepolitik der USA gegen Kuba. In der Abschlusserklärung des Treffens wurde die Blockade einmütig von den 25 Mitgliedstaaten verurteilt und ein Ende der wirtschaftlichen Strangulie- rung Kubas durch die USA gefordert. Ziel der ACS soll es sein, einen gemein- samen und unabhängigen Weg für die Karibikregion zu suchen.

Dieses Ziel ist allerdings schwer zu erreichen. Die Abhängigkeit von EU und USA sind enorm. Die 204 Millionen Einwohner des karibischen Bündnisses handeln jährlich Waren und Dienstlei- stungen im Wert von 180 Milliarden Dol- lar. Der Handel innerhalb der Vereini- gung beträgt jedoch nur sieben Prozent des gesamten Handelsvolumens der Region. Größter Handelspartner sind die USA.

Zentrales Problem der gesamten Re- gion ist aber die zunehmende Migra- tion. Seit den vierziger Jahren findet eine beträchtliche Bevölkerungsflucht

in Richtung Nordamerika und Europa statt.

Die wesentlichen Senderländer der Karibik sind in absteigender Reihenfol- ge: Puerto Rico, Cuba, Haiti, die Domi- nikanische Republik, Jamaica, Trini- dad und Tobago, Guyana und Barbados. Rund 2 Millionen Menschen aus dem Karibikraum arbeiten in den USA. Eine weitere große Migrationsbewe- gung findet in andere lateinamerikani- sche Staaten statt. So leben in Venezue- la ca. 100000 karibische Emigrantinnen. Alle Klassen der Gesellschaft nehmen an dem Exodus in andere Länder teil. Überwiegend junge Leute und Frauen arbeiten in den USA vor allem als Sai- sonarbeiter und Hausangestellte und in miserabel bezahlten Industrierufen. Viele halten sich illegal in den USA, Spanien oder Venezuela auf. Ohne Pa- piere müssen sie die am geringsten be- zahlten Berufe annehmen, besonders im Dienstleistungsbereich. Nicht unerheb- lich ist die Migration innerhalb der ka- ribischen Staaten.

Das Vorhandensein von Zonen mit unterschiedlichem ökonomischem Ni- veau erklärt zum Teil die innerkaribi- sche Migrationsbewegung. So ziehen regionale Unterschiede in Gehältern und Arbeitsmöglichkeiten die Migran- tinnen von Santa Lucia nach Barbados, von Granada nach Trinidad, von der Dominikanischen Republik nach Puer- to Rico, während zur gleichen Zeit jäh- rlich Tausende Bewohnerinnen von Bar- bados, Trinidad, Puerto Rico und der Dominikanischen Republik in die USA emigrieren. Die Migration verläuft nach dem Muster: Die Ärmsten wan-

dern in die ärmeren Staaten, von dort geht es in die USA und nach Europa.

Diese langjährigen Migrationsbewe- gungen haben das ökonomische, politi- sche und kulturelle Gefüge der Karibik durcheinandergewirbelt. Das von den Emigrantinnen zurückgeschickte Geld macht einen großen Teil des jeweiligen Nationaleinkommens aus, manchmal entspricht er dem Wert der Hauptex- portprodukte oder liegt sogar darüber. So erhält die Dominikanische Republik 205 Millionen US-Dollar durch Geldsen- dungen, fast ein Viertel der Devisen des Landes. San Cristobal und Nevis beka- men auf diesem Weg 18,6 Millionen US- Dollar, was fast einem Drittel des Brut- tosozialproduktes entspricht.

Neben diesen ökonomischen Abhän- gigkeiten haben sich entscheidende kul- turelle Verwerfungen in der Region ver- festigt. Einer der einflussreichsten ka- ribischen Intellektuellen, der Schriftstel- ler Georg Lamming, definiert das ge- sellschaftlich-kulturelle Klima der Ka- ribik in der Form, daß es zwei Men- schentypen hervorgebracht hat. Den Zombie und den Söldner. Erster lebt als Untoter in den Tag hinein. Zum Söldner sagt Lamming: „Das Wort Söldner ver- binden wir normalerweise mit einem Soldaten, in einem Krieg allerdings, der nichts mit ihm zu tun hat. Jemand soll einen Hubschrauber fliegen und er sagt gut, das kostet Sie 500 Dollar pro Stun- de. Ihn interessiert es nicht, wessen Krieg es ist und wo er stattfindet; ihn interessieren nur 500 Dollar für das Fliegen des Hubschraubers. Er ist ein Söldner. Und ich sage hier, daß dieser Typ auch von unserem Erziehungssy-

stem produziert und später Ökonom, Historiker, Lehrer und mit welcher ökonomischer Berufsbezeichnung auch immer benannt wurde. Ein System, das Personen ausbildet, die keine Bezie- hung zu irgendetwas haben außer ihrer Funktion und unmittelbarem Ertrag daraus. Söldner. Und zwei Drittel der politischen Führungsschicht in der Ka- ribik sind Söldner.“

Schlechte Karten für das große Vor- haben der karibischen Vereinigung. Einen Hoffnungsschimmer sah Lam- ming in dem sozialistischen Modell Gre- nada: „In Grenada hat die Regierung Gesetze in den regionalen Räten disku- tieren lassen. Die Minister und führen- den Funktionäre mußten an diesen Dorfversammlungen teilnehmen und allerhand Angriffe auf sich ergehen las- sen. Es war eine Art Volksdemokratie, die auf einem kleinen Territorium funk- tionierte. Schwieriger sähe es schon bei ein paar Millionen Menschen aus ... Die Vorstellung verbreitete sich, daß es eine Arbeiterdemokratie geben könnte. Sie tasteten sich an eine Struktur heran. Bishop ließ an einer Verfassung arbei- ten, in der auch Wahlen vorgesehen wa- ren, doch diese wurde nie fertiggestellt. Es wäre sehr interessant gewesen, sie zu sehen ...“

Bekanntlich haben die USA durch ih- ren militärischen Einmarsch verhin- dert, daß ein solches sozialistisches Mo- dell in der Karibik entwickelt werden konnte. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der US-Imperialismus zuläßt, daß in seinem Hinterhof sich eine unabhän- gige Wirtschaftsgemeinschaft etabliert. — (hav)

Erfahrungen im Abschiebeknast

„Sie geben dir Tabletten . . . und du verlierst die Kontrolle“

Auf dieser Seite kommen zwei Flüchtlinge, die die schrecklichen Erfahrungen deutscher Sicherungshaft machen mußten, zu Wort.

Beide hatten in der BRD einen Asylantrag gestellt und wurden wie Kriminelle monatelang in Mannheim und Rottenburg inhaftiert. Die Ausführungen beider Flüchtlinge sollen gleichzeitig auch Aufruf gegen jegliche Abschiebeknäste sein.

Abschiebeknast Mannheim

Ein aus Algerien in Mannheim inhaftierter Flüchtling berichtet:

„In Mannheim sind 3 Personen in einer Zelle gefangen. Die Zelle ist ca. 4m x 2m groß. Es gibt 3 Betten, 3 Schränke, 1 Tisch, 3 Stühle und ein Fernsehgerät. 1,5m bleiben zum Gehen. Hofgang ist 1 Stunde am Tag, 23 Stunden ist man in der Zelle eingesperrt. Es gibt Kartoffeln, Reis oder Nudeln, kein Fleisch. Einen Tag in der Woche gibt es etwas Obst. Duschen kann man jeden Tag, es gibt kein Shampoo, nur Seife. In der Woche bekommt der Gefangene 5,30 DM Taschengeld. Wer gegen die Inhaftierung protestiert bzw. rebelliert, kommt in eine andere Zelle. Es kam vor, daß Flüchtlinge schreiend abgeholt wurden und für mehr als 2 Tage in den Keller nackt ohne Essen und Trinken eingesperrt wurden. Die Leute kommen alle verrückt aus dem Keller und werden hinterher auf der Krankenstation mit Medikamenten behandelt. Flüchtlinge die abgeschoben wurden, bekamen eine Injektion. Nachdem ein Algerier auf dem Flughafen in Algier nicht mehr aufgewacht ist, hat man die Injektionen eingestellt. Wenn man Durst hat, bekommt man nicht immer was zu trinken. Die wichtigste Außenverbindung ist das Telefon. Wenn jemand kein Geld hat, dann darf er nur einmal im Monat telefonieren. Wer Geld hat, kann einmal die Woche ein Telefonat führen. Anrufen ist nur zwischen 15 und 17 Uhr möglich.“

Wenn wir einen Arzt brauchen, müssen wir ihn beantragen. Wenn der Arzt kommt, fragt er was los sei, greift in die

Tasche und gibt einfach nur Tabletten. Mein Freund hatte Zahnschmerzen, er kann kein Deutsch. Er hat am Morgen den Zahnarzt beantragt und dann ist der Beamte gekommen und hat gesagt, er müsse bis nächsten Montag warten, da mehrere Leute gesammelt werden müssen, damit es sich lohnt, daß der Zahnarzt kommt.

Es gibt noch einen katholischen Pfarrer, mit dem niemand reden möchte, da die Mehrheit Moslems sind. Dann ist noch ein Psychologe im Knast, er macht dich noch mehr verrückt. Ein Sozialarbeiter, der im Knast arbeitet, will immer nur wissen, wo die Papiere sind.

Flüchtlinge wurden vor der Einlieferung in den Knast von der Polizei verprügelt. Ein Flüchtling, der in Stuttgart gewohnt hatte, wurde eingeliefert mit Bißwunden von einem Polizeihund. Er kam nach 3 Monaten wieder raus. Ein anderer Flüchtling war sogar angeschossen. Die Flüchtlinge kommen von überall her; aus Bonn, Hamburg, Stuttgart, Rastatt. Alle 3 Monate bekommen alle ein Formular, was die weitere Haft für 3 Monate bedeutet. Oft sind auch Flüchtlinge 3 Monate in Rottenburg und kommen dann nach Mannheim.“

Abschiebeknast Rottenburg

Ein aus Ghana kommender Flüchtling berichtete bei einer Kundgebung (vor dem Abschiebeknast):

„Ich komme aus Ghana. Dort wurde ich politisch verfolgt. Trotzdem wurde mein Asylantrag abgelehnt und so brachten sie mich für vier Monate in dieses beschissene Gefängnis. Ich habe immer noch Schwierigkeiten, hier und in Ghana, aber ich bin kein Krimineller, die Kriminellen sind hier drin (mit Blick zur Polizei).“

Ich möchte euch erzählen, wie sie uns behandeln. Die Polizei greift dich auf der Straße auf, du weißt nicht warum. Sie erklären nichts, und sie bringen dich auf die Polizeiwache. Du hast keine Zeit, mit jemanden zu sprechen oder irgend etwas zusammenzupacken. Dann wirst du einem Haftrichter vorgeführt, es kommt auch vor, daß er erst nach ein



paar Tagen kommt. Er sagt, daß dein Asylantrag abgelehnt ist und daß du dich illegal in Deutschland aufhältst und daß du festgenommen werden mußt. Nach etwa 15 Minuten legen sie dir Handschellen an und bringen dich ins Gefängnis. Dort nehmen sie all deine Sachen und das Geld und werfen dich in eine Zelle. In der Zelle leben drei Gefangene auf engem Raum, sie hat ein kleines Fenster, was man nicht selber aufmachen kann. Im Container ist es sehr heiß und die Luft ist sehr schlecht. Die Toilette ist in der Zelle. Montag, Mittwoch und Freitag sind Duschtage, das Duschen dauert höchstens 10 Minuten, danach wird das Wasser einfach abgestellt und sie bringen dich zurück. Dreimal täglich bekommst du ein bißchen zu essen. Jede Woche bekommst du 5 Mark Taschengeld, um etwas zu kaufen oder um zu telefonieren. Arbeit gibt es für Abschiebehäftlinge nicht. Täglich von 12.00 bis 12.45 Uhr und von 15.00 bis 15.45 Uhr kannst du deine Zelle verlassen und in den Gefängnishof gehen. Danach schließen sie dich wieder ein. Du bist also 22,5 Stunden eingesperrt und du wirst wahnsinnig.

Wenn dein Leben in Selbstmordge-

fahr ist, geben sie dir Tabletten, die dich verrückt machen. Diese Tabletten sind sehr stark. Oft verlierst du die Kontrolle über deinen Körper, du scheißst in Bett, du wirst ohnmächtig, aber sie zwingen dich, diese Tabletten dreimal am Tag zu nehmen. Manchmal bringen sie dich in eine Isolierzelle, die auf 1 Grad geheizt ist, oder sie bringen dich ins Gefängnis-Krankenhaus.

Die meisten der Abschiebehäftlinge haben keinen Rechtsanwalt. Die Abschiebungen sind normalerweise sehr früh morgens ca. um 4 Uhr. Wenn du nicht mitgehst, schlagen sie dich ernsthaft, sie zwingen dich, sie geben dir Beruhigungsspritzen. Wenn du dich gegen die Abschiebung wehrst, versuchen sie es immer wieder. 4mal, 5mal, bis du deinen Widerstand aufgibst. Manche Piloten weigern sich, diese aggressiven Leute mitzunehmen, es ist zu gefährlich. Als sie versuchten, mich abzuschicken bestand ich darauf, erst einen Arzt zu sehen. Der Arzt sagte Ihnen, daß mein Leben nicht sicher sei, und daß er nicht sicher wäre, was ich im Flugzeug tun würde, so konnte er meine Abschiebung und meine weitere Inhaftierung verhindern.“ — (was)



Essen. Beschäftigte der Elektro- und Telefonbau-Firma Funke & Huster protestierten am 4. August gegen Entlassungen. 11 Kündigungen wurden bereits ausgesprochen, der Betriebsrat befürchtet, daß das zur Mannheimer Röchling-Gruppe gehörende Unternehmen stillgelegt werden soll. Das würde das „Aus“ für 200 Metall-Arbeitsplätze bedeuten. — (Lokalberichte Essen)

Essener Bündnis zum Antikriegstag

Essen. „Stoppt den Kriegseinsatz der Bundeswehr! Schluß mit den Rüstungsexporten! Atomwaffenverbot!“ ist der Aufruf zum Antikriegstag überschrieben. Damit konnte nach einer kontroversen Diskussion ein Konsens gefunden werden. Bisher unterschrieben Antifa-Forum, Bündnis90/Die Grünen, DGB Kreis Essen, Deutsch-kurd. Solidaritätsverein, DFK/VK, DKP, Friedensforum, PDS, Pro Asyl/Flüchtlingsrat, Stadtteilbüro Zeche Carl, UAA und VVN/BdA. Aus dem Aufruf: „Die Bundesregierung instrumentalisiert den Krieg in Ex-Jugoslawien, um militärische Interventionen zum legitimen Mittel ihrer Politik zu machen . . . Mit dem Einsatz schafft die Bundesregierung einen weiteren Präzedenzfall, um endgültig in der ersten Reihe der Weltmächte dabei zu sein. Wir wollen deswegen am Antikriegstag deutlich machen: Wir sind gegen jeden Einsatz der Bundeswehr! . . . Aber irgend etwas muß man in Ex-Jugoslawien doch tun !? . . . Uns geht es im ehemaligen Jugoslawien darum, die Kräfte zu stärken, die den Krieg beenden wollen.“ — (syb)

„Rudolf-Heß-Aktionswoche“ Was war in Hamburg?

Hamburg. Nach den weitgehend durchgesetzten Demo-Verboten anlässlich des letztjährigen Heß-Todestages verlegten sich die Nazis in Hamburg auf das Verkleben von kleinförmigen Plakaten in mehreren Stadtteilen. Herausgeber sind die Jungen Nationaldemokraten (JN, NPD-Jugend); verantwortlich zeichnet der JN-Funktionär Jan Zobel. Die Neonazis arbeiten nach den Organisationsverboten zweigleisig: in einem illegalen Zellsystem und in legalen Organisationen, v.a. der JN. Das Plakat weist die sattem bekannten Phrasen auf: Heß sei ein „Märtyrer des Friedens“, denn er wollte für „ganz Europa den Frieden bringen“ und „weiteres sinnloses Blutvergießen zwischen den Brudervölkern“ Deutschlands und Englands verhindern. Nachdem Gorbatschow 1987 die Bereitschaft, Heß freizulassen, signalisiert habe, hätte der britische Geheimdienst ihn ermordet, um die englische Rolle „bei Ausbruch und Fortführung des Krieges (zu) verschleiern“. Heß' Schlußwort bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen ist der

NIEDERSACHSEN

PDS fordert: VS-Präsident Minner entlassen!

Die sofortige Entlassung des Präsidenten des niedersächsischen Amtes für Verfassungsschutz, Rolf Peter Minner, durch Innenminister Glogowski forderte der Landesvorsitzende der PDS-Linke Liste Niedersachsen, Hans-Henning Adler.

Mit seiner Warnung vor kurdischen Scharfschützen, die angeblich auf deutsche Polizisten zielen, — eine Äußerung, der vom BKA wie vom Bundesamt für Verfassungsschutz widersprochen wurde — erzeugt Herr Minner bei niedersächsischen Polizisten eine Psychologie, bei der jeder Kurde als getarnter Scharfschütze erscheinen muß. Nur zu leicht wird dann schon mal aus „Putativnotwehr“ von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.

Wer gut ein Jahr nach der Erschießung des Kurden Halim Dener durch einen niedersächsischen Polizisten in Hannover so unverantwortlich daheredet, sollte eine andere Aufgabe bekommen, vielleicht in der Filmindustrie, wo er seine Gewaltphantasien ausleben kann.

— (Presseerklärung der PDS/Linke Liste, Landesverband Niedersachsen, vom 8. August)



BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesweite Bündnisdemonstration

Antifa A2 Stuttgart, Antifaschistische Aktion/Bundesweite Aktion, VVN Baden-Württemberg, VVN Schwäbisch Hall, Grünalternative Jugend Bad Mergentheim u.a. rufen auf zu einer Demonstration am 24.9.95 in Weikersheim. Im Aufruf heißt es u.a.:

50 Jahre nach der Befreiung vom Nazifaschismus treten neurechte Ideologen verstärkt aus ihrem früheren Schatten-dasein am rechten Rand der Gesellschaft heraus. Die Revision der Geschichte und das Relativieren der Greuel-taten des Faschismus sind inzwischen in konservativen Kreisen keine Seltenheit mehr. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet das Studienzentrum Weikersheim, das aus der Stuttgarter Mörikestraße mit seinen Schriften und Tagungen agiert.

Die Herren und wenigen Damen treten selten einer breiten Öffentlichkeit gegenüber. Vielmehr versuchen sie mit Kongressen und Tagungen im aristokratischen Ambiente von Schlössern wie dem namensgebenden Weikersheimer, Einfluß auf die herrschenden Eliten der bundesdeutschen Gesellschaft zu gewinnen.

Das Studienzentrum Weikersheim,

das unter dem Vorsitz des ehemaligen NS-Marinerichters und Ministerpräsidenten Hans Filbinger steht, stellt eine wichtige ideologische Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus dar. Als schwarzbraune Denkfabrik versucht das Studienzentrum Weikersheim den ideologischen Hintergrund für einen autoritären, den Interessen der Wirtschaft noch besser entsprechenden Staat zu stellen. Finanziert wird dies sowohl von interessierten Sponsoren wie dem Daimler-Benz-Konzern als auch von der Bundes- und Landesregierung.

Anläßlich der „4. Weikersheimer Hochschulwoche“ rufen wir alle Demokratinnen und Antifaschistinnen auf, am 24.9.1995 vor Ort in Weikersheim zu demonstrieren:

— **Sofortige Einstellung jeder finanziellen Unterstützung durch Bund und Land!**

— **Weikersheim darf kein Zentrum des Rechtsradikalismus sein, das SZW raus aus dem Schloß!**

— **Keine Räume für das Studienzentrum!**

— **Entschädigung der Zwangsarbeiter der unterstützenden Industrie, statt Finanzierung des Studienzentrums!**

STUTTGART-STAMMHEIM

Prozeß gegen Sieglinde Hofmann

Das Urteil steht schon fest, die Prozedur des Gerichtsverfahrens kennt der Staatsschutz-Senat schon fast auswendig, die Stereotypen der Bundesanwaltschaft (BAW) sprechen den Anstrengungen der Rechtsanwälte Hohn.

Wenn Sieglinde Hofmann am 29.8. in den Prozeßbunker kommen muß, weiß sie, daß das „lebenslänglich“ gegen sie schon in der Schublade liegt. Die Entscheidung ist längst gefallen, daß sie nach 15 Jahren Haft nicht regulär entlassen wird — das wäre am 5. Mai dieses Jahres gewesen. Sie ist in die Reihe der Gefangenen aus der RAF gestellt, die nach dem Willen der Staatsschutz-Justiz ihr Leben lang die Knäste nicht mehr verlassen sollen.

Erinnern wir uns: Nach der Festnahme der ehemaligen RAF-Mitglieder 1990 in der DDR wurden diese zu Kronzeugen aufgebaut. Sie waren das Vehikel, mit dem die Justiz neue Anklagen und neue Prozesse gegen bereits verurteilte Gefangene aus der RAF durchführen konnte. Außerdem gibt es noch die Aussagen des früheren RAF-Mitglieds Boock, der damit seine Entlassung beschleunigen will. Gegen Sieglinde wurde daraus eine neue Anklage gebastelt, die drei Aktionen der RAF aus den 70er Jahren zum Gegenstand hat: Versuchte Anschläge auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft und den NATO-Oberbefehlshaber Haig und die Schleyer-Entführung.

Am Dienstag, dem 29. August, beginnt nun dieser Prozeß. Wenn wir euch aufrufen, an diesem Dienstag doch raus nach Stammheim zu kommen, dann nicht mehr, um den Prozeß zu beobachten. Nach den vier Prozessen gegen Gefangene aus der RAF in den letzten drei Jahren, die alle nur Kulisse waren, um die fertigen Urteile nicht einfach per Computerausdruck auszufertigen (die Form muß gewahrt bleiben!), ist genug beobachtet, entlarvt, denunziert. Wir möchten Sieglinde ganz einfach zeigen, daß wir da sind; mit unserer Anwesenheit auf bescheidene Weise deutlich machen, daß die politischen Gefangenen im Denken und Handeln auch der Linken heute präsent sind.

Das schließt alle politischen Gefangenen mit ein: Die weiteren Gefangenen

aus der RAF, die noch immer um die minimalste Form ungehinderter politischer Auseinandersetzung untereinander und mit Gruppierungen draußen kämpfen, die Gefangenen aus dem antifaschistischen Widerstand, die vier Gefangenen, die seit der Durchsuchungswelle am 13.6. wegen des radikal-Verfahrens in Isolationshaft sind, den Genossen, der im gleichen Zusammenhang in Beugehaft genommen wurde, die weit über 500 kurdischen Gefangenen.

Deshalb: Dienstag, 29.8.95; 9 Uhr, Prozeßgebäude in Stuttgart-Stammheim, Asperger Straße! Freiheit für alle politischen Gefangenen! — (Flugblatt der Prozeßgruppe)

NEU BEI GNN

Verfolgung der kurdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland

seit dem Verbot der kurdischen Organisationen im November 1993

Aus dem Inhalt:

- * Vorwort Norman Paech
- * Deutsch-türkische Beziehungen
- * Das sog. „PKK-Verbot“
- * Bilanz der Kurdenverfolgung
- * Verfahren nach § 129a
- * Haftbedingungen
- * Spendengelderpressung
- * Asyl und Abschiebung

HerausgeberInnen:

Arbeitskreis der Kurdistan-Solidaritätsgruppen gegen die Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung
Juli 1995, DIN A4, 56 S., 5 DM

Zu beziehen über:

GNN-Buchversand, Badeweg 1,
04435 Schkeuditz
Tel.: 034204-65711
Fax: 034204-65893

JN Motto und Auftrag: „Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte...“ — (F., Antifa Nachrichten)

Bremer Amt ließ Kurden sterben

Bremen. Ein 36-jähriger kurdischer Asylbewerber ist gestorben, weil die Bremer Sozialbehörde die Kostenübernahme für eine Lebertransplantation monatelang verzögert hat. Das bestätigte am 17. August ein Sprecher des Senatsresorts für Gesundheit und Soziales. Es habe „gravierende Fehler“ gegeben. „Wir bedauern dies und wollen daraus lernen“. Der Verein „Solidarische Hilfe“, der den Kurden Celal Arkan betreut, zeigte die Verantwortlichen wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Tötung an. Akan, der Yezide ist, war in der Türkei als angeblicher Unterstützer der PKK inhaftiert und schwer gefoltert worden. Im Gefängnis habe er sich mit Hepatitis B und D angesteckt. Nach neun Monaten Haft war ihm die Flucht in die Bundesrepublik geglückt. Hier waren dann seine Unterlagen trotz dringender Bitten von Klinik- und Amtsärzten 15 Monate lang

von den Behörden hin- und hergeschoben worden.

Quelle: FR, 18.8. — (rül)

Armut im Ruhrgebiet überdurchschnittlich hoch

Essen. 475901 Sozialhilfeempfänger gab es 1993 im Ruhrgebiet, das sind 9 % der Bevölkerung und weit mehr als doppelt so viele wie 1980 (215099). Das geht aus vergleichenden Daten hervor, die der Kommunalverband Ruhr in seinen letzten „Regionalinformationen“ veröffentlicht hat. Danach liegt das Ruhrgebiet deutlich über dem Schnitt im restlichen NRW, der bei 7 % liegt. Die Stadt Essen erweist sich dabei tatsächlich einmal als „Metropole“ des Ruhrgebietes: Hier liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei 10,9 %, gefolgt von Herne (10,7 %) und Dortmund (10,4 %). — Alleinerziehende Frauen, Rentnerinnen und Langzeitarbeitslose, die wegen der Kürzungen beim Anspruch auf Arbeitslosengeld und -hilfe Sozialhilfe beantragen mußten, sind die Hauptgruppen der Sozialhilfeempfänger. Der Anstieg der Sozialhilfeempfänger ist also auch dem Kahlschlag in den früher für das Ruhrgebiet typischen Indu-

strien geschuldet: Die meisten Langzeitarbeitslosen sind Industriearbeiter, von „gelingenem Strukturwandel“ also keine Spur. Nimmt man die Sozialhilfeausgaben pro Kopf der Bevölkerung, so wird die traurige Spitzenreiterrolle des Ruhrgebiets und der Stadt Essen noch deutlicher: Sie betragen in NRW 326,10 DM, im Ruhrgebiet 403,30 DM und in Essen 567,40 DM. — (wof)

Endlich zuständig: Gewerbeaufsicht in Bahnhöfen

Köln. Endlich haben die Beschäftigten in Personenbahnhöfen und in den Pächterbetrieben der Deutschen Bahn in Fragen des Arbeitsschutzes die gleichen Rechte wie andere Lohnabhängige. Bisher galten die Gewerbeordnung und etliche andere Arbeitsschutzbestimmungen nicht für Eisenbahnunternehmen. Die Gewerbeaufsichtsämter mußten draußen bleiben, weil die Bundesbahn sich per Hoheitsrecht selber kontrollierte. Jetzt ist die Strukturreform so weit gediehen, daß die Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (DBAG) in ein gewerbliches Unternehmen umgewandelt worden ist. Mit der Eintragung in das Handelsregister am 5.1.1994 ist die

Aufsicht über die Einhaltung des staatlichen Arbeitsschutzes an die zuständigen Behörden übertragen worden. Das ergibt sich aus § 5 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, Absatz 5, Satz 1: „Die Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften wird von den nach diesen Vorschriften zuständigen Behörden überwacht.“ Und in der Begründung dazu heißt es: „Durch diesen Absatz wird sichergestellt, daß die Arbeitsschutzvorschriften bei Bahnunternehmungen grundsätzlich von denselben Behörden überwacht werden wie bei anderen Betrieben auch.“ Die staatlichen Ämter für Arbeitsschutz — früher hießen sie Gewerbeaufsichtsämter — haben mehr und andere Befugnisse als die Berufsgenossenschaften. Sie können die Einhaltung aller Gesetze und Vorschriften, die zum Schutz der abhängig Beschäftigten bestehen, überwachen. Sie können Verbesserungen von den Unternehmern verlangen und Sanktionen verhängen. Sie sind z.B. zuständig für Belüftung und Klimaanlage. Dagegen beschränkt sich die Berufsgenossenschaft weitgehend auf die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten. Sie soll damit auch die Kosten der Unternehmern senken. — (anl)

Erste Baugesellschaft Leipzigs geht Konkurs

Ostdeutsche Alternativen sind nicht gewollt. Von S. Schlegel

Die Pleite der ersten Baugesellschaft Leipzigs AG (EBL) ist nicht die erste und wird nicht die letzte in den östlichen Bundesländern in diesem Jahr sein. Die Besonderheit liegt lediglich darin, daß damit eines der letzten eigenständigen Bauunternehmen der DDR, beziehungsweise davon, was noch davon übrig blieb, verschwindet.

In Zeiten von Konjunktur konnte ein solches Unternehmen geduldet werden. Wenn jedoch durch knapper werdende öffentliche Kassen und weniger private Investitionen (weil sich Sonderabschreibungen und direkte Subventionierung verringern) die Bauaufträge zurückgehen, werden keine ostdeutschen „Experimente“ geduldet, da möchten die Großbanken ihre Baukonzerne unter sich lassen. Die EBL hatte zu keiner Zeit eine faire Chance.

Mit dem Konkurs der EBL geht nicht nur ein Stück DR, sondern auch städtische Geschichte zu Ende; denn direkte Vorläufer des Unternehmens waren kommunale Baubetriebe in den 20er Jahren, die unter anderem preiswerte Wohnungen für Obdachlose bauten und später in den städtischen Bauhof gingen. Bereits im Sommer 1945 durch die Besatzungsmacht wieder ins Leben gerufen, wurde vor allem über den Städtischen Bauhof die Trümmerbeseitigung und die Wohnungsinstandsetzung organisiert und realisiert, entstanden schrittweise die ersten Neubauwohnungen.

Unabhängig wie man vor allem zur Qualität der Wohnungen in Vollmontagebauweise und zur Vernachlässigung der Altbauseubstanz steht — was am wenigsten Schuld der Bauleute war, auch von westdeutschen Fachleuten wird das hohe Leistungsvermögen und -tempo im Wohnungsbau der DDR anerkannt, der Vorrang durch die damaligen Wohnungsbaukombinate realisiert wurde — die Anzahl der durch Neubau nach 1991 in Leipzig geschaffenen Wohnungen

nimmt sich dagegen geradezu lächerlich aus.

Zur neueren Geschichte gehört, daß 1991 das einzige Interesse der Stadtverwaltung den Immobilien der EBL galt, wie eine diesbezügliche Anfrage der PDS/DF-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung damals ergab.

Heute allerdings wird immer wieder bedauert, daß die Unternehmen der neuen Bundesländer über zuwenig Eigenkapital verfügen. Aber war es nicht gerade die Treuhand, die kurzerhand die aus der DDR kommenden Unternehmen der Immobilien als „nicht betriebsnotwendige Flächen“ beraubte? Wo sind die zweistelligen Millionenbeträge aus der DM-Eröffnungsbilanz des nun pleite gegangenen Unternehmens zum 1. Juli 1990? Was ist aus den zahlreichen Betriebsferienheimen geworden, die sich die Beschäftigten mit Einkommensverzicht und zusätzlicher Arbeit schufen? Antworten, auf die Bürgerinnen und Bürger der DDR nach fünf Jahren endlich ein Recht haben!

Allerdings: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. — Siehe die Reaktion der sächsischen Staatsregierung, die durch ihren Sprecher Michael Sagorna verkünden ließ: „Das ist bedauerlich, sehr schade vor allem für die betroffenen Arbeitnehmer. Das Wirtschaftsministerium wird weiterhin prüfen, inwieweit das Land helfen kann“. Wann will man konkret helfen, wenn fünf Jahre bereits verstrichen sind? Wird die Staatsregierung nicht müde, von einem „Bauboom“ in Sachsen zu sprechen? Sollte nicht die Bauwirtschaft Motor für die übrigen Wirtschaft sein? Angesichts der Pleitewelle unter den Bauunternehmen 1995 in Sachsen sind Zweifel angesagt.

Bedenklich muß vor allem stimmen, wenn die IHK Leipzig, deren Mitglied die EBL von Anbeginn war, sich ebenfalls nur Sorgen um die Subunterneh-



„Wen bringen sie denn da um die Ecke?“ — „Den gesunden Mittelstand.“

Zeichnung: H. Behling (Aus: Von ABM bis Zukunftsfröh, Frankfurter Oder Editionen)

mer der EBL macht. Ist es Aufgabe einer IHK in den neuen Bundesländern, sich ausschließlich um die Verwertungsbedingungen von westdeutschem Kapital zu kümmern — wie jüngst beispielsweise bei der kommunalen Verpackungssteuer — nicht aber um jedes seiner Leipziger Mitgliedsunternehmen?

Einzig die IG Bau/Steine/Erden, voran ihr Vorsitzender Bruno Köbele persönlich, hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiv um Zukunftschancen für EBL bemüht.

Die Konsequenz wird sein, daß die Kosten im Bauhauptgewerbe und bei den neu entstehenden Eigentumswohnungen in und um Leipzig steigen werden. Bei weiteren Pleiten Leipziger

Bauunternehmen wird dies auch bei Baumaßnahmen der Stadt spürbar werden, wenn nur einige westdeutsche Großunternehmen die Preise diktieren. Am allerschlimmsten aber: Es verlieren weitere Leipziger ihre Arbeit, junge Menschen ihre Lehrstelle, werden noch mehr (minimal bezahlte und damit allmählich Lohnmaßstäbe setzende?) Auswärtige auf den Baustellen in der Region Leipzig zu finden sein. Ist das gewollt?

S. Schlegel ist Stadtrat der PDS-Fraktion im Leipziger Stadtparlament und wohnungspolitischer Sprecher.

Sein Artikel erschien bereits in der Zeitung „Leipzigs Neue“ Nr. 15/95 vom 11. August 1995.



In Ostdeutschland sind fünf Wochen vor Ausbildungsbeginn noch immer 55000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Das Gesamtangebot von Wirtschaft und öffentlicher Dienst beträgt nur 95000 Ausbildungsplätze und verdeutlicht die sich anbahnende Katastrophe. Während sich die Ausbildungsfirmen in Berlin ihr „Engagement“ mit 55 Millionen Mark versüßen lassen, greift Sachsen zu einem ausgefalleneren Mittel. Mit einem Mobilitätshilfeprogramm (300 Mark pro Monat für Fahrtkosten für die Dauer der gesamten Ausbildungszeit) werden sächsische Landeskinder aufgefordert, auch Lehrstellen außerhalb Sachsens zu suchen. Unterstützt wird die Aktion durch eine Briefaktion Sachsens an die Industrie- und Handelskammern der anderen Länder. Diese reagieren verärgert, Beschwerden von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind eingegangen. (Bild: Aktion von DGB-Jugendlichen in Dresden am 13. Juni, einen Tag vor der Kanzlerrunde) — (har)

Letzte Kaligrube Thüringens vor dem Aus?

Thüringen. 1993 wurde der Kalifusionsvertrag zwischen der Mitteldeutschen Kali AG (MDK), in der die ostdeutschen Kaligruben zusammengefaßt waren, und der Kali und Salz AG (K + S) abgeschlossen. Bekanntlich wurde die Fusion von der Treuhand mit 1,044 Milliarden Mark für Verlustausgleiche „belohnt“. „Berühmtes“ Opfer dieser Fusion war Bischofferode.

Nächstes Opfer droht nun Unterbreizbach zu werden. Die letzte Kaligrube Thüringens, in der noch 700 von ursprünglich 8000 Bergleuten in diesem Revier eine Arbeit haben, soll nach Wunsch von K + S von Hattorf (Hessen) aus abgebaut werden. Ein entsprechender Staatsvertrag liegt in der Schublade der Ministerien.

Einmal mehr schürt die Industriewerkschaft Bergbau und Energie Spaltung statt Solidarität unter den Bergleuten. In einem Schreiben an die SPD-Landtagsfraktion Thüringen fordert sie den schnellen und bedingungslosen Vertragsabschluß.

Da K + S laut Fusionsvertrag nur bis 1997 an Standort- und Arbeitsplatzgarantien gebunden ist, hat die thüringische Landesregierung schlechte Karten, so daß die Bergleute den Verlust von rund 350 weiteren Arbeitsplätzen befürchten müssen.

K + S dagegen erlangt nach Angaben des CDU-Landtagsabgeordneten Häf-

ner durch den höheren Wertstoffgehalt des Thüringer Kalisalzes einen jährlichen Kostenvorteil von 20 Millionen Mark. Auch der Umsatz konnte 1994 um 14% auf 1,7 Milliarden Mark gesteigert werden, ein Ziel, das erst für 1997 angepeilt war. Häfner fordert deshalb von K + S einen regionalen Entwicklungsbeitrag in Höhe von 1,5 bis 3 Millionen Mark. — (har)

Kurdischer Hungerstreik erfolgreich beendet

Berlin. Nach fast einem Monat haben die etwa 140 hungerstreikenden Kurdinnen und Kurden ihre Aktion abgebrochen. Es sei gelungen, die Öffentlichkeit auf den Hungerstreik der 10000 kurdischen Häftlinge in den Gefängnissen der Türkei und auf deren Forderungen aufmerksam zu machen, hieß es auf einer abschließenden Pressekonferenz. Kurz vor Abbruch der Aktion hatte die Berliner Polizei noch versucht, das kurdische Zentrum, in dem sich die Hungerstreikenden aufhielten, zu überfallen. Angeblich wäre Bewohnern umliegender Häuser der Zugang zu ihren Wohnungen verwehrt worden, eine Unterstellung, die selbst der Vermieter des Zentrums energisch zurückwies. Die Berliner Staatsanwaltschaft prüft derzeit auf Druck von Innensenator Heckelmann (CDU), ob die Kurdin Gülnaz Baghistani womöglich an „unterlassener Hilfeleistung“ seitens der Hungerstreikenden (!) gestorben sei. — (rül)

IG BSE kritisiert Lohndumping-Gesetz

Im vom Bundestag verabschiedeten Entwurf für das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) heißt es zum Ziel: „Es soll verhindert werden, daß im Bausektor ausländische Arbeitskräfte zu Billiglöhnen in Deutschland tätig werden und dadurch kleinere deutsche Unternehmen und Handwerksbetriebe aus dem Markt gedrängt werden“. Aus der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) kommt jetzt die Forderung, während einer dreimonatigen Karenzzeit die ausländischen Bauarbeiter doch zu im Ausland üblichen Löhnen beschäftigen zu dürfen. Die Antifaschistischen Nachrichten Waldkirch befragten dazu Thomas Bittner, Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) in Freiburg:

Thomas Bittner ist davon überzeugt, daß, wenn die Karenzmonate kommen, die positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt verpufft, da Bauprojekte immer häufiger in kurz begrenzten Zeiträumen errichtet würden.

Er erklärte weiter: „Insgesamt ist das Ganze nur ein fauler Kompromiß, der so wie angekündigt nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen wird und Lohndumping prinzipiell nicht verhindert. Zwar würde der Facharbeiter zum Beispiel aus Polen dann nach entsprechender Karenzzeit einen höheren Stundenlohn wie heute erhalten, Sozialabgaben aber spart sich das ausländische Unternehmen und hat damit noch immer einen hohen Preisvorteil gegenüber hiesigen Anbietern. Außerdem soll das ja alles nur für das Bauhauptgewerbe gelten. Alle Berufsgruppen im Innenausbau können weiterhin für fünf bis zwölf Mark beschäftigt werden.“

PDS-Abgeordnete forderte Auflösung der IG Farben i. A.

Auf der Aktionärsversammlung der IG Farben AG i. A. („in Abwicklung“) am 9. August hat die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter u. a. erklärt:

Angesichts Tausender Fälle nicht realisierter Wiedergutmachungsansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter ist die weitere Existenz der IG Farben AG i. A. ein Skandal.

50 Jahre nach Öffnung der Lagertore von Auschwitz bringt der Besitz von Liquidationsanteilscheinen der IG Farben noch immer Dividende, während die wenigen heute noch lebenden Opfer leer ausgehen oder mit unwürdig geringen Beträgen aus staatlichen Mitteln abgespeist werden. Die Unternehmen, die wie die IG Farben AG, die Bayer AG, die Hoechst AG und BASF aus den unwägbarsten Leiden und dem Tod Hunderttausender Profite zogen, versuchen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Im Namen der PDS-Bundestagsgruppe fordere ich deshalb: 1. die endgültige Liquidation der IG Farben AG i. A. und 2. die Überführung ihres gesamten Vermögens in eine von den Opfergruppen verwaltete Stiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter. (Pressemitteilung der PDS-Abgeordneten)

Göttinger Erklärung der Sozialhilfeinitiativen

Bei einem Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen am 6. August wurde folgende Erklärung verabschiedet (Auszüge):

Immer wieder geht's an die Sozialhilfe ... — Im Namen des Lohnabstands wird zum ersten Mal die absolute Senkung der Regelsätze vorbereitet. — Arbeitslose sollen verstärkt in Billigarbeitsplätze ohne Perspektive gedrängt werden. Weigern sie sich, wird die Sozialhilfe automatisch gekürzt und

gestrichen.

— Sozialhilfebezieher, die in Wohngemeinschaften leben, sollen in Zukunft statt vom Sozialamt von ihren Mitbewohnern ernährt werden.

Kürzungen der Sozialhilfe betreffen alle ... — Dadurch nimmt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu. Löhne werden weiter sinken. Untertarifliche Bezahlung wird gefördert.

— Je niedriger die Sozialhilfe, desto niedriger sind die Steuerfreibeträge und desto höher die Lohnsteuern.

— Je niedriger die Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützungen sind, desto schlechter geht es Berufstätigen, wenn sie selbst arbeitslos werden.

Kürzungen von Sozialleistungen haben letztlich immer das Ziel, die Gewinne der Unternehmen durch Senkungen von Löhnen und Kapitalsteuern zu erhöhen und die bankrotten Staatsfinanzen auf unsere Kosten zu sanieren. Wie wäre es z. B. mit einem Feldzug gegen die Korruption statt einem Feldzug gegen uns? Wir wollen nicht, daß Arbeitnehmer gegen Arbeitslose, Deutsche gegen Ausländer, Gesunde gegen Kranke und Behinderte sowie Männer gegen Frauen ausgespielt werden. Wir wollen ein breites Bündnis, unter anderem zwischen Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Armen und Arbeitsunfähigen.

Statt sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen!

HBV und Kircheninstitutionen: Hände weg vom Ladenschluß!

Die Bezirksverwaltung Franken der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, das Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und die Betriebsseelsorge der Erzdiözese Bamberg mißbilligen die geplante Reform des Ladenschlußgesetzes:

— Die Verbraucher in Deutschland hatten durch Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung und Einführung der Gleitzeit noch nie so viel Zeit zum Einkaufen wie heute.

— Die Mehrzahl der Kunden nutzt bereits jetzt nur selten die längeren Öffnungszeiten.

— Für die Verbraucher bringen längere und flexible Ladenöffnungszeiten auch Nachteile. Sie verursachen höhere Sach- (z. B. Energie-) und Personalkosten, die den Verkaufspreisen zugeschlagen werden.

— Mittelständische Einzelhandelsgeschäfte werden durch längere Ladenöffnungszeiten massiv in ihrer Existenz gefährdet.

Wie der „Lange Donnerstag“ gezeigt hat, kommt es zu einer räumlichen Verlagerung der Umsätze in die Citylagen von Großstädten und zu Verbrauchermärkten.

— Längere und flexible Arbeitszeiten schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Längere oder flexible Öffnungszeiten führen zu Umsatzverlagerungen hin zu den Großbetrieben. Dieser Strukturwandel benachteiligt die personalintensiven Kleinbetriebe. Rationalisierungsdruck und Personalabbau sind die Folge.

— Durch verlängerte Ladenöffnungszeiten wird es lediglich zu einer weiteren Verschiebung der Arbeitszeit der Beschäftigten in die Abendstunden kommen.

Die Herausgeber der „Gemeinsamen Erklärung“ fordern, das Ladenschlußgesetz in seiner jetzigen Form beizubehalten. — (CL)

An der Erstellung von Aus Betrieben und Gewerkschaften wirkt mit der Trägerkreis Kritik und Widerstand (siehe auch Seite 13).

Verantwortlich: Alfred Küstler

Gruppe Wildcat

Schluß mit den Razzien gegen „Illegale“!

Am 10. August fand im JUZ Mannheim eine Diskussionsveranstaltung der Gruppe Wildcat statt. Eines der Referate drucken wir im folgenden (gekürzt) ab.

Über eine „Großrazzia“ im Mannheimer Neubaugebiet Im Rott berichtete der Mannheimer Morgen. 150 Vertreter der Staatsmacht (20 vom Arbeitsamt, 30 vom Zoll, 100 Polizisten) überprüften 170 Arbeiter, von denen 43 keine Arbeitserlaubnis hatten.

„Erhebliche Bußgelder“, so der Mannheimer Morgen, wurden gegen zwei Firmen verhängt: einmal 2000 Mark und einmal 7000 Mark. 13 Arbeiter wurden ausgewiesen. Insgesamt war die Baustelle „relativ sauber“, so der Leiter der Aktion. 1994 lag das durchschnittliche Bußgeld für Unternehmer bei „Arbeit ohne Arbeitserlaubnis“ bei ca. 3500 DM (gesetzliche Obergrenze 100000 DM).

Razzien finden auch in anderen Bereichen statt: Ende März war eine bundesweite Razzia in Gaststätten. Im Herbst werden wir sie in der Landwirtschaft erleben. Der wichtigste, weil größte, Bereich ist das Baugewerbe (...)

Ich will jetzt kurz vier Thesen vorstellen und begründen.

1. Razzien dienen der Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse, nicht ihrer Bekämpfung.

2. Die Razzien und andere staatliche Maßnahmen (wie die „Entsenderichtlinien“) sind Teil eines direkten Angriffes auf alle Beschäftigten der betroffenen Bereiche.

3. Sie sind, wenigstens zum großen Teil, Antwort auf Druck von unten, und

4. stehen sie als „Flexibilisierung“ in extremer Form im Gesamtzusammenhang des Klassenkampfes: Exempel einerseits und Einkommensabbau andererseits. Durchsetzung von Arbeitszwang.

Hamburg: ABM-Tarifvertrag abgeschlossen

Lohnkürzungen abgemildert

Nach langen Auseinandersetzungen ist es der ÖTV gelungen, mit der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) in Hamburg und dem Arbeitsamt einen ABM-Tarifvertrag abzuschließen.

Zum 1.1.95 hat die Bundesregierung die ABM-Förderung — und zwar den Anteil von 75%, der aus Bundesmitteln bestritten wird — um 10% gekürzt. Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) nahm dagegen zwar scheinheilige Stellung, doch weigerte sie sich nicht nur, den Ausgleich für die Kürzung zu übernehmen, sondern wollte die aus Landesmitteln aufzubringenden 25% ebenfalls um 10% kürzen (andere übrigen als andere SPD-regierte Bundesländer). Da ein Tarifvertrag von 1984 regelt, daß ABM-Beschäftigte nach geltenden Tarifen bezahlt werden, haben Personalräte Verträgen, die die 10%ige Absenkung der Tarife vorsahen, nicht zugestimmt.

Für die ABM-Beschäftigten war die 10%-Kürzung aber nicht das einzige Problem. Bis Ende 1994 orientierte sich die ABM-Bezahlung an den Tarifen im öffentlichen Dienst. Seit Januar zahlen die Arbeitsämter 90% des „branchenüblichen“ Lohns oder Gehalts, wenn nicht ein Tarifvertrag anderes vorsieht. Dies wiederum betrifft vor allem Frauen, die oft in Niedriglohnbereichen (z. B. der Textilindustrie oder im Gaststättengewerbe mit Bruttolöhnen um die 2000 DM) arbeiten. In Verbindung mit

Zu 1: Solche Großaktionen wie die Razzia Im Rott „sollten abschreckende Wirkung und die Präsenz der Überwachungsbehörden“ zeigen, so Hans-Tobias Kühn, der Leiter der Aktion vom Arbeitsamt Rastatt. Genau darum geht es. Den Druck aufrechterhalten, unter dem illegale oder halblegale oder SchwarzarbeiterInnen stehen. Der Druck — vor allem auf Neulinge im Geschäft — ist oft ungeheuerlich: der deutschen Sprache nicht mächtig; nicht vertraut mit den hiesigen Vorschriften und Gebräuchen, isoliert in Baucontainern oder anderen miserablen Unterkünften; abhängig von der Gnade des Subunternehmers, bedroht von mafioser Gewalt. Das macht den Kampf für mehr Lohn oder bessere Bedingungen ziemlich schwer. Aber dieser ganze Druck wird nicht durch „Illegalität“ an sich aufrechterhalten. Die bedeutet nichts, oder nicht viel, schon gar nicht auf dem Bau, wo die alltäglichen Konflikte schon immer mehr in direkter Art und Weise ausgetragen werden, also ohne Zuhilfenahme der normalen Institutionen wie Betriebsrat, Arbeitsgericht usw.

Erst die reale Drohung mit der Hundertschaft Polizei stellt die „Illegalität“ tatsächlich her — und läßt die Ausbeuter ihr Spiel treiben. Ein Spiel, das die Razzien oft bewußt mit einschließt. Wir haben einige Berichte darüber, daß Razzien, ausgelöst durch anonyme Anzeigen, gerade einige Tage vor dem vereinbarten Termin der Lohnzahlung stattfinden.

Oder gegen Arbeiter, die sich wehren, wie in Schannewitz. Deshalb ist auch einsichtig, warum Im Rott nur zwei von ungefähr zehn Großbaustellen überprüft wurden: Es genügte, daß alle Arbeiter die Razzia und die Polizei gesehen haben.

der 90%-Regelung drückt die Orientierung an den branchenüblichen Löhnen die Löhne vieler ABM-Beschäftigter unter den Sozialhilfessatz.

Um dieser Deklassierung entgegenzuwirken, hatte die ÖTV mit der Tarifgemeinschaft Hamburger Beschäftigter einen Tarifvertrag abgeschlossen, der zwar die zehnprozentige Kürzung der Bundesmittel in Kauf nahm, die ABM-Tarife aber an der Durchschnittsbezahlung der anzuwendenden Branchentarife ausrichtete und ein einheitliches Entgelt von 3096 DM vorsah. Diesen Tarifvertrag hat die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht anerkannt. Sie drohte, daß alle Träger, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben und anwenden, nicht mehr mit einer Förderung durch die BAGS rechnen könnten. Das wiederum hat das Arbeitsamt benutzt, für ABM bewilligte Gelder zurückzuüberweisen.

Der jetzt doch noch abgeschlossene Tarifvertrag sieht vor: Die 25% aus Landesmitteln zu bestreitenden Förderbeiträge werden aufgestockt; die ABM-Löhne werden zwar gesenkt, aber nicht auf 90%, sondern auf 92,5%. Außerdem, und das ist ein Erfolg, konnte die ÖTV durchsetzen, daß Urlaubs- und Weihnachtsgeld — beide waren bisher an Voraussetzungen geknüpft, die nur auf Dauerbeschäftigte zutrafen — gewöhnlich und monatlich auf den Lohn von ABM-Beschäftigten aufgeschlagen werden. — (scc)

Geht Gesamtmetall bald in die Liquidation?

Die Deregulierungsfolgen erzwingen eine Strategiedebatte über die künftige Tarifpolitik

Ausgehend vom letzten Tarifabschluß in der Metallindustrie entfalten sich scharfe Kontroversen im Arbeitgeberlager. Etwa 50 bis 80 Austritte aus den Metallindustriellenverbänden soll es gegeben haben. „Dilettantische Verhandlungsstrategie“ warfen Unternehmen ihren Verbänden, vor allem Gesamtmetall, vor. Graf Lambsdorff nannte den Abschluß „ein Unglück“, BDI-Chef Henkel hielt ihn für „völlig verfehlt“. Der BDI und der Verband der Maschinenbauindustrie ersannen Pläne, separate Branchen- oder Betriebsabkommen einzuführen. Lambsdorff erklärte, daß nach den tarifpolitischen Erfahrungen 1995 der Flächentarifvertrag nicht mehr zu verteidigen sei. „Die Betriebe flüchteten aus diesem Tarifkartell, um ihre Existenz und ihre Arbeitsplätze zu retten. Arbeitgeber und Betriebsräte piffen mittlerweile auf das, was in Köln oder Frankfurt beschlossen wurde.“ (*Handelsblatt*, 27.7.)

Gesamtmetall verlangt inzwischen die „Reform“ des Flächentarifvertrages. „Wir dürfen auf keinen Fall nochmals so starre Tariflösungen wie in diesem Jahr unterschreiben. Eher lösen wir die Verbände auf, als zum Mittäter an der Demontage unseres Standorts zu werden“, sagt Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Kirchner. (*Focus*, 24.7.) Mit dem Wegfall der Metallindustriellenverbände als Tarifparteien wäre diese Regelungsebene dann auf die Betriebe verlagert. Der die ganze Metallbranche (nahezu) gleich behandelnde Flächentarifvertrag — ein wesentliches Charakteristikum des sozialen Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital in der Bundesrepublik — wäre dann dahin. Ebenso die starke Reglementierung der Konfliktformen. Lohn- und Leistungsbedingungen müßten in betrieblichen Auseinandersetzungen erstritten werden, eine drastische Zerküftung der Tariflandschaft und eine Verbetrieblung des Arbeitskampfes wären die Folge.

Die IG Metall hatte mit einem ein-drucksvollen Streik in Bayern ein gutes Tarifiergebnis erzielt. In der Lohnhöhe etwa bei 4%, mit vier monatlichen Pauschalzahlungen, die als Zugeständnis an die vielfältig geforderte überproportionale Verbesserung für wenig Verdienende gewertet werden können. Eine „Kompensation“, ein Ausgleich der Lohnerhöhungen durch anderweitige Eingriffe in die Tarifverträge, hatte die IG Metall abgewehrt. Die IG Metall hat sich als handlungsfähig erwiesen. Nach zwölf Jahren Deregulierung und Flexibilisierung ist dies überraschend. Der Versuch von Gesamtmetall, den Tarif-Kahlschlag in Form von Nullrunde plus Flexibilisierung ungehemmt weiterzutreiben, war fehlergeplagt. Die der Standortpolitik entgegengesetzte Metall-Tarifaufeinandersehung für lebenswürdige soziale Mindestbedingungen setzte sich mit den Streiks und Abschlüssen im Einzelhandel und anderen Branchen, aber auch in regionalen Auseinandersetzungen, fort.

Der scharfe Konflikt innerhalb des Metallindustriellenlagers über den weiteren Gang der Tarifpolitik ist keineswegs nur Manöverkritik einer mißliebigen Tarifrunde. Die Neuzeichnung der industriellen Beziehungen in den letzten zehn Jahren erzeugt Verwerfungen, die eine strategische Debatte ihrer zukünftigen Gestaltung erzwingen. Einige Spaltungslinien, die den Zwiß innerhalb der Arbeitgeberseite hervorrufen, dürften folgendermaßen begründet sein:

- * Die Verringerung der Fertigungstiefe und die Konzentration aufs Kerngeschäft hat eine zunehmende Separierung von Betrieben mit arbeitsintensiven Fertigungsabläufen und solchen mit hoch mechanisierten erzeugt. Bei mehr von Handarbeit geprägten Zulieferern ist es schwieriger, mit Produktivitätssteigerungen Kosten auszugleichen. Der Intensivierung der Handarbeit sind Grenzen gesetzt, zumal hier oft tarifvertragliche Regelungen über das Pensum zu berücksichtigen sind.

- * Refinanzierung von Investitionen ist angesichts des hohen Zinsniveaus für Nicht-Konzernunternehmen schwieriger, Konzerne mit angeschlossener Bank, etwa Siemens, sind hingegen nicht in gleichem Maße vom Geldmarkt abhängig. Die Refinanzierung via Lohnsenkung versperrt hingegen gleichmäßig der einheitliche Ecklohn.

- * Ähnlich wirkt die Exportabhängigkeit. Der niedrige Dollarkurs erschwert den Export. Großunternehmen haben Ausgleichsmöglichkeiten durch Import von Vorprodukten, eventuell sogar von eigenen ausländischer Unternehmen oder durch Fertigungsverlagerung. Kleineren und mittleren Unternehmen fehlt dieses Instrument zumeist. So ist es kein Wunder, daß ausgerechnet aus dem „mittelständisch“ geprägten Maschinenbauverband Stimmen für die Abkopplung vom Metalltarif laut wurden.

- * Durch Lean production und Lopez-Schwitzsystem sind die Handelsmargen der Zulieferer ausgequetscht. Leben und leben lassen gilt nicht mehr, selbst kleine Beträge entscheiden über den Zuschlag als Lieferant. Die aufkommende Fabrik in der Fabrikstruktur

(Continental-Beschäftigte arbeiten im VW-Werk und montieren dort das „System Rad“) zergliedert die früher wenigstens branchenmäßig gleichartige Struktur der vom Tarif abgedeckten Betriebseinheiten. Selbst bei zunehmender Zentralisation der Konzerne werden die betriebswirtschaftlichen Einheiten kleiner. Zentrifugalkräfte — der Konflikt Zulieferer / Montagebetrieb — machen sich in den Konzernen selbst bemerkbar.

- * Der Weltmarkt wird auch handgreiflich als Weltmarkt für Arbeitskraft. „Der Druck, der aus den ausländischen Arbeitsbedingungen komme, müsse auf den deutschen Arbeitsmarkt weitergeleitet werden“, sagt Lambsdorff. (*Handelsblatt*, 27.7.) Dieser Druck, als Konzernentscheidung über Ankauf von Teilen aus Tschechien oder Polen oder vom Autositzhersteller aus Baden-Württemberg, erhöht sich, je weniger „Puffer“ (Lohn, Arbeitszeit, Intensität) die Zulieferer intern haben.

„Es sind Ventile erforderlich, um den Druck vom Flächentarifvertrag zu nehmen“, schreibt Gesamtmetall. (*Presse Funk Nachrichten*, 12.6.) Diese „Ventile“ sucht der Verband in zweifacher Hinsicht: einmal über den Regelungsinhalt der Tarifverträge selbst, zum anderen über eine schlagkräftigere Arbeitskampftaktik.

„Der Flächentarifvertrag der Zukunft wird nur die Lohnerhöhung, Eingruppierungsfragen und die tarifliche Regelarbeitszeit betreffen. Alles andere muß Sache der Unternehmen sein“, sagt Gesamtmetall-Vizepräsident Dieter Hundt. (*Wirtschaftswoche*, 8.6.) Die Betriebsräte hätten dann weitgehende Regelungskompetenz und wären oft

hilflos Erpressungsmanövern wie „Samstagsarbeit oder Betriebsstilllegung“ ausgesetzt.

Noch ein anderes Moment würde in Folge des „schlanken Tarifvertrags“ auftreten. Qualitative Tarifgegenstände wie Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, neue Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit), Vorruhestandsregelungen, Rationalisierungsschutz, Technikeinsatz, neue Entgeltstrukturen, Ökologie, Weiterbildung u.a.m. wären ausgeschlossen oder in den Stanc unverbindlicher Empfehlungen reduziert. Die Tarifpolitik als wesentliches gewerkschaftliches Gestaltungsmittel wäre amputiert. Für die politische Einflußnahme haben die Gewerkschaften nach der immer mehr zunehmenden Distanzierung der SPD von gewerkschaftlichen Forderungen noch keine Methode gefunden. Der gesellschaftliche Einfluß der Gewerkschaften würde entscheidend und dauerhaft geschwächt.

Hinsichtlich der Reorganisation arbeitskampfmäßiger Schlagkraft sinnt Gesamtmetall über eine Zentralisierung seiner Entscheidungsstrukturen nach. DIHT-Präsident Stihl fordert die Übertragung der Verhandlungsmandate der regionalen Metallindustriellenverbände an Gesamtmetall. „Bei solchen zentralen Tarifverhandlungen durch Gesamtmetall wäre das Arbeitskampfrisiko für die IG Metall sehr viel größer, ein Tag der Flächenaussperrung würde schon genügen, um die Gewerkschaft finanziell in Schwierigkeiten zu bringen.“ (*Handelsblatt*, 14.7.) Die BDA hat eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Strategie von frühzeitigen Abwehraussperrungen befaßt. Sie soll Betriebe herausfinden, von deren Zulieferung eine große Anzahl von Arbeitsplätzen abhängt. Bei gleichartiger Forderungslage bekämen die von der Fernwirkung eines Arbeitskampfes betroffenen Arbeitnehmer außerhalb des bestreikten Tarifgebiets kein Kurzarbeitergeld und würden die IG Metall bedrängen. Ein Arbeitspapier von Gesamtmetall hält organisatorische Änderungen für nötig, z.B. die Überlegung, ob Tarifgemeinschaften mehrerer regionaler Verbände angebracht seien.

IG-Metall-Vorsitzender Zwickel stellt sich angesichts der Spannungen bei Gesamtmetall die Frage: „ob es Sinn macht, mit einem Verband, der sich gewissermaßen in Liquidation befindet, Gespräche zu führen.“ (*Wirtschaftswoche*, 3.8.) Dies dürfte eine Unterschätzung sein. Eher wird Kirchner zustimmen sein, wenn er sagt: „Für Gesamtmetall kann eine Schlagseite Anlaß sein, sich wieder aufzurichten.“ (*Handelsblatt*, 19.6.) Im Unterschied zur IG Metall, die keine Tarifkonzeption im Augenblick mehr anzubieten hat, versucht Gesamtmetall, über die im Industriellenlager vereinheitlichend wirkende Forderung nach Samstagreglarbeitszeit wieder in die Vorderhand zu gelangen. Die doch einst so gut laufenden Entgeltverhandlungen in Baden-Württemberg sind anscheinend auf Eis gelegt.

Mit dem Samstagreglarbeitstag und der Jahresarbeitszeit im Betriebsakt wäre ein wichtiger im Flexi-Wust verbliebener Rest Selbst- und Mitbestimmung gefallen. Auch der Hinweis auf die doch bitte von den Unternehmen zu nutzenden vielen betrieblichen Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen zieht nicht so recht angesichts der von der anderen Seite angestrebten Generalrevision der tariflichen Säule der Sozialstaatlichkeit. — (gka)



Warnstreik der IG Metall in Köln am 2. April 1994.

Foto: af/mz

„Kritik und Widerstand“ eingestellt „Aus Betrieb und Gewerkschaft“ neu

Die Zeitschrift „Kritik und Widerstand“ hat ihr Erscheinen eingestellt, nachdem mit den „Politischen Berichten“ eine Vereinbarung getroffen werden konnte, die die Fortführung ihres publizistischen Anliegens in den „Politischen Berichten“ — hoffentlich — ermöglicht.

Die neue Rubrik „Aus Betrieb und Gewerkschaft“ geht platzmäßig „zu Lasten“ der Regionalteile Ost und West. Damit daraus nicht ein Informationsverlust entsteht, wird eine enge Abstimmung aller an der Redaktion dieser Gliederungsabschnitte Beteiligten angestrebt.

— (F. d. Herausgeber: Martin Fochler)

Im folgenden dokumentieren wir aus dem Bericht der Herausgeberkonferenz von *Kritik und Widerstand* den Teil, der die Einstellung des Nachrichtenheftes betrifft:

„... Herausgeberkreis und Verlag waren sich einig, das Nachrichtenheft *Kritik und Widerstand* im Laufe des August 1995 einzustellen und stattdessen die Zusammenarbeit mit der Zeitung *Politische Berichte* zu verstärken. Gesichtspunkte für diesen Schritt waren:

Es war nicht zu übersehen, daß die Mitarbeit für das Nachrichtenheft seit geraumer Zeit rückläufig war; auch die Zahl der Bezieher (bei dieser Ausgabe 270 mit 330 Exemplaren) ist im vergangenen Jahr um ca. 10 Prozent gesunken.

Die Leistung und die Stärke des Nachrichtenheftes bestand in der Zusammenstellung von Berichten, Untersuchungen und Meinungen aus lokalen und betrieblichen Zeitungen, linken Projekten und elektronischen Medien (Mailbox); es ermöglichte damit die Entwicklung begründeter Ansichten über betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand. So wichtig das war und auch weiterhin bleibt, sowenig konnte der Mangel übersehen werden, wenn dieser Nachrichtenfluß nicht in eine politische Diskussion eingebettet ist.

Ein Ausbau des Nachrichtenheftes in diese Richtung war aber nicht möglich und auch gar nicht sinnvoll:

a) Der politische Rahmen für die strategische Diskussion (in den Gewerkschaften oft als „Zukunftsdiskussion“ bezeichnet) besteht nicht nur in gewerkschaftlichen und betrieblichen Themen im engeren Sinne, sondern umfaßt weite Bereiche der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik; eine Aufnahme dieser Themen hätte eines bedeutend höheren Aufwands für die Redaktion bedurft.

b) Der Ausbau des Nachrichtenheftes in Richtung einer Zeitung/Zeitschrift, die diesen strategischen Rahmen liefert, ist aber auch wegen der starken Überschneidung mit den *Politischen Berichten* bei Autoren- und Leserkreis gar nicht sinnvoll. In den *Politischen Berichten* besteht bereits ein solcher Rahmen. Darüber hinaus besteht die begründete Hoffnung, daß durch die stärkere Mitarbeit bei den *Politischen Berichten*, diese Zeitung bei dem so wichtigen Themenkreis betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand inhaltlich dazugewinnen wird.

Die Schlußfolgerung ist also: Der Herausgeberkreis will in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit mit den *Politischen Berichten* organisieren. Angestrebt wird durch eine Zusammenstellung von Nachrichten aus dem betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand sowie durch Untersuchungen der sozialen Verhältnisse den Lesern der *Politischen Berichten* regelmäßig zwei Zeitungsseiten anzubieten.

Weiterhin will die Redaktion in einem allen Interessierten zugänglichen „Brett“ in der Mailbox Artikel und Meldungen aus örtlichen und betrieblichen Zeitungen usw. anbieten. Damit wäre diese Information weiterhin gewährleistet (wenn auch beschränkt auf Benutzer von Computern) und bestünde über die Mailbox auch die Möglichkeit eines Austausches von Meldungen und Meinungen.“ — (alk, rok)

Einladung zu einem Seminar: „Klassenverhältnisse und soziale Milieus“

Bei der Konferenz des Arbeitskreises „Kritik und Widerstand“ am 18. Juni in Frankfurt/M. wurde ein Seminar zur Beschäftigung mit moderneren (marxistischen) Untersuchungen zur Klassengesellschaft vereinbart.

Interessant schien den Teilnehmern der Ansatz des französischen marxistischen Soziologen Pierre Bourdieu zur Beschreibung der heutigen Klassenverhältnisse, die dem Betrachter vor allem als mehr oder weniger streng voneinander getrennte und unterschiedene soziale Milieus ins Auge springen. Bourdieus Forschungen (und die anderer, die an seinen Ergebnissen anknüpfen) zeigen Übereinstimmungen mit den Untersuchungen über Einkommens-, Lohn- und Lebensumstände, wie sie von uns Anfang bis Mitte der achtziger Jahre gemacht wurden. Es schien daher allen Teilnehmer gerechtfertigt, ein Wochenendseminar durchzuführen, auf dem die Forschungen Bourdieus und anderer genauer vorgestellt und diskutiert werden können. Wir werden in den nächsten Ausgaben der *Politischen Berichte* Rezensionen dazu veröffentlichen.

Terminliches: Das Seminar findet statt am 2./3.12.95. Das Seminar soll am Samstag um 11 Uhr beginnen und Sonntag um 13 Uhr enden.

Ort: Das Seminar findet statt im Stadt-

heim und Jugendgästehaus der Naturfreunde, Hermann-Bahlsen-Allee 8, 30655 Hannover, Tel.: 0511 / 69 14 93.

Anreise per Bahn: von Hannover Hauptbahnhof Stadtbahnlinie 3 und 7 Richtung Lahe und Fasanenkrug bis Haltestelle Spannhagengarten, dann ca. 10 Minuten Fußweg über Hermann-Bahlsen-Allee zum Haus.

Anreise mit dem Auto: Von Norden und Süden auf BAB A7 bis Autobahnkreuz Hannover-Kirchhorst, dann die A 37 über Hannover-Buchholz bis Weidetorkreisel, rechts ab Klingerstraße, Ampel links ab Hermann-Bahlsen-Allee, auf der linken Seite Hinweisschild Naturfreundehaus. Von Osten und Westen BAB A2 bis Autobahnkreuz Hannover-Buchholz, dann Messeschnellweg A 37 bis Weidetorkreisel, rechts Klingerstraße und links Hermann-Bahlsen-Allee und dann links bis zum Naturfreundehaus.

Kosten: Übernachtung: 32,80 DM (DZ, Frühstück); Abendessen: 8,50 DM; Mittagessen: 11 DM; Kaffee/Kuchen: 5 DM; Tagungsbeitrag: 5 DM (ggfs. Raummiete von 40.- DM/Tag).

Anmeldung: Verbindliche Anmeldungen (also Übernahme der Übernachtungskosten bei Nichtteilnahme) bis Ende August spätestens bei GNN Verlag Süd, Gutenbergstr. 48, Tel. 0711 / 624701, Fax: 621532. — (pka)

Einladung zum Arbeits- treffen der „ArGe“

„Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“
ArGe bei der PDS, tagt am 1. 10. in Erfurt

Mit dem Landesverband Thüringen der PDS wurde auch die Arbeitsgemeinschaft (neudeutsch ArGe) „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“ gegründet. Ihr Ziel war und ist das Zusammenwachsen der historisch-biographisch gewordenen Linken aus Ost und West in gemeinsamer Diskussion und koordinierter Aktion als Beitrag zu einer Neukonstituierung einer international solidarischen Linken in Deutschland nach der gemeinsamen weltweiten Niederlage in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Bei der Verarbeitung dieser Erfahrungen erweist sich die Tradition theoretischer oder politischer Alleinvertretung sozialer Bewegungen als verhängnisvoll. Die ArGe leistet gegen all solche Versuche Widerstand und ist deswegen ganz bewußt um eine diskursiv angelegte Meinungsbildung bemüht und sieht Vielfalt und Verschiedenheit nicht im Gegensatz, sondern als Bestandteil politischer Klärungsprozesse („Partei von unten“).

Resultat und Stätte des Kommunikations- und Kooperationsprozesses der ArGe sind die *Rundbriefe* und das seit dreieinhalb Jahren kontinuierlich und erfolgreich betriebene Projekt der Linken Sommer- bzw. Winterschulen. In ihnen erfolgt ein Verständigungsprozeß von Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS aus Thüringen, Berlin und den westlichen Landesverbänden.

Im Vorfeld der 2. Tagung des IV. Parteitags hielten es die zur Sommerschule 1995 versammelten Mitglieder der ArGe für angebracht, sich über Schule und Rundbriefe hinaus in die Diskussion und Politik der PDS einzubringen. Das heißt, den inhaltlichen Anliegen der ArGe ein breiteres, bundesweites Diskussionsforum zu schaffen und ein umfassenderes Zusammenwirken zu ermöglichen. Die bei der Sommerschule in Schnepfenthal versammelten Mitglieder der ArGe meinten, daß dazu die inhaltliche und formale Bestimmung der Arbeit festzuhalten sei (Grundsatzerklärung, Satzung), und kamen überein, dazu zu einem Arbeitstreffen in Erfurt einzuladen.

Als inhaltliche Anliegen der ArGe haben sich in der Diskussion und Praxis der letzten Jahre Gesichtspunkte ergeben, die — auf der Grundlage des Programmes der PDS und in Anerkennung der Landessatzung in der PDS Thüringen — etwa wie folgt formuliert werden können:

— „Soziale Befreiung“ von der Herrschaft des Kapitalverwertungsbedürfnisses zugunsten sozialer Grundrechte, wie sie auch in den Menschenrechten verankert sind. (Aktuell: Stopp der Umverteilung von unten nach oben, Geltendmachen des Sozialpflichtgebotes des Grundgesetzes, Verteidigung und Ausbau der Lebensfähigkeit der Kommunen.) Befreiung von allen Formen rassistischer, nationaler, sexistischer, -kultureller und ökonomischer Diskriminierung.

— „Konkrete Demokratie“: Widerstand gegen die zur Staatsräson erhobenen Versuche, innere und äußere

Konflikte durch vermehrte Macht und Gewalt zu lösen. Ablehnung aller an Herrschaft gebundenen Macht. Jetzt und praktisch Eintreten für jedes mögliche Beschränken und Zurückdrängen von Herrschaft und die Verminderung der an sie gebundenen Macht. In einer Welt der Übermacht eines Geschlechts über das andere, des Nordens über den Süden, des Kapitals über die lebendige Arbeit, der Apparate über die lebenden Menschen, von Massenmedien über die Öffentlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern wollen wir das Recht auf Widerstand als Grundlage aller Menschenrechte verteidigen, versuchen, Gegenmacht zu mobilisieren, und uns mit allen solidarisieren, die Gleiches tun. Selbst an das Prinzip des gewaltfreien Widerstandes, der friedlichen Gegenmacht gebunden, anerkennen wir das Recht auf angemessene Notwehr. Wir wissen aus schmerzlicher eigener Geschichte, daß ein Ausweg aus dem verhängnisvollen Zirkel von Auge um Auge, Zahn um Zahn, Diktatur um Diktatur gefunden werden muß. Die sozialistische Bewegung hat lernen müssen, daß jeder Schritt weg von der Demokratie gegen die eigene emanzipatorische Bewegung zurückschlägt.

Konkrete Demokratie in Verteidigung und Fortführung der demokratischen Verfaßtheit der Gesellschaft, wie sie sich auch im Grundgesetz der BRD niedergeschlagen hat, heißt aktuell: Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, Überwindung der obrigkeitstaatlichen Einschränkungen der Kommunalverfassungen, Widerstand gegen alle Beschneidungen der individuellen und kollektiven Grundrechte. Ausbau der grundgesetzlichen Mitwirkung in Wahlen und Abstimmungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, Widerstand gegen die Usurpation der politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger durch die Parteien, Überwindung der Herrschaft von Cliquen, Klüngeln und Geld in den modernen Parteien, strikte Verteidigung — auch in der PDS — der blutig verfolgten und geistig unterdrückten Traditionen der radikalen Demokratie und des demokratischen Kommunismus.

Auf der Beratung am Sonntag, den 1. 10., um 12.30 in Erfurt, Eislebener Str. 1 wäre nach unserer Meinung über solche Gesichtspunkte für eine Grundsatzklärung und anhand eines Entwurfs, der vorliegen wird, über die nötigen Satzungsbestimmungen zu sprechen. Außerdem wird an diesem Termin auch die Schlußredaktion für den nächsten *Rundbrief* stattfinden.

Unterzeichner/innen:

Sabine Fache (PDS Thüringen), Martin Fochler (PDS Bayern), Mario Hesselbarth (PDS Thüringen), Christiane Schneider (PDS Hamburg), Dieter Strützel (PDS Thüringen).

(Die Eislebener Str. ist vom Bahnhof Erfurt aus mit den Bahnen 1 und 4 in Richtung Norden bis Depot Magdeburger Str. zu erreichen.)

Anmeldungen bitte an: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040-381393, Fax: 040-3898331.

Vorwärts und vergessen . . .

Harald Werner zu der beginnenden Diskussion um ein neues DGB-Grundsatzprogramm

Rechtzeitig zum 1. Mai legte die Grundsatzabteilung des DGB ihre „Thesen zur programmatischen Debatte im DGB“ vor.¹ Sie sind kein Rohentwurf des neuen Grundsatzprogramms, aber sie geben seine Schwerpunkte und Richtung an. Was die Schwerpunkte betrifft, so sind die Thesen ein konsequenter Schritt zur Aneignung der neuen Problemstellungen, mit denen sich die Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahrzehnten häufig schwer taten: Die Ökologie kommt zu ihrem Recht, und das Wort Umbau genießt den Häufigkeitsgrad, den der Zeitgeist mittlerweile allen Programmen abverlangt. Insofern sind die Thesen ein Schritt nach vorne. Was die Richtung angeht, sind Zweifel erlaubt.

Die Thesen gliedern sich in fünf sogenannte Leitbilder zur „Gestaltung der Ökonomie“, „Zukunft der Arbeit“, „Zukunft des Sozialstaates“, der „sozialen Einheit Deutschlands“ und zur „Gestaltung des Bildungswesens“. Grundsätzlich sind an den Leitbildern weniger die Forderungen zu kritisieren, als vielmehr was nicht oder nicht mehr gefordert wird und an welches Gesellschaftsverständnis die AutorInnen anknüpfen.

Wir werden uns, beginnend mit der „Gestaltung der Ökonomie“, in mehreren Beiträgen mit den Thesen auseinandersetzen.

Gegenüber der bisherigen Programmatik fällt nicht nur die dem Zeitgeist angepaßte Sprachregelung auf, sondern der weitgehende Verzicht auf die Beschreibung gesellschaftlicher Ursachenzusammenhänge. Machtverhältnisse verbergen sich hinter abstrakten Begriffen wie Markt, Staat und Wettbewerb, und soziale Interessengegensätze haben in den Thesen endgültig ihren analytischen Stellenwert verloren. Wenn nicht hier und da von Menschen, manchmal auch von abhängig Beschäftigten, die Rede wäre, würde sich der gesamte Text wie eines jener technokratischen Lehrbücher der neoliberalen Ökonomie lesen, in denen nur noch abstrakte Kategorien miteinander in Verbindung treten.

Wenn sich die Grundsatzabteilung schwer tut, der Zukunft Dimensionen einer anderen Gesellschaft abzurufen, dann geht es ihr zwar nicht anders als anderen Linken, zumindest den Nachdenklichen unter ihnen. Aber der Verzicht auf geschlossene Gesellschaftsmodelle muß nicht zwangsläufig zum Verzicht auf Gesellschaftskritik führen. Denn was sich in den Thesen an kritischen Aussagen über die gesellschaftlichen Zustände findet, treibt sich auf der Oberfläche herum, ohne die Ursachen zu benennen, ist beschönigend und kommt gänzlich ohne einen Hinweis auf die historisch negative Bilanz der Gewerkschaftsbewegung aus. Daß all das, was das Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB von 1963 beziehungsweise von 1972 kritisiert hat, sich inzwischen noch dramatischer darstellt, wird mit keinem Satz erwähnt.

Beschönigende Realitätswahrnehmung

1963 hieß es noch im DGB-Grundsatzprogramm: „Die Entwicklung der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort.“² Heute

heißt es nur noch, ohne Bezug auf die historische Tendenz und ohne Benennung der Nutznießer: „In den Industrieländern wächst der wirtschaftliche Reichtum, doch zugleich gibt es Massenarbeitslosigkeit und Armut. Einkommens- und Lebenschancen sind ungerecht und ungleich verteilt.“³ Wer da verteilt, wer gewinnt und wer verliert und um welche Relationen es geht, verschweigen die AutorInnen.

Allein die empirischen Tatsachen, die das WSI regelmäßig verbreitet, hätten zu der Aussage verleiten müssen, daß immer weniger immer mehr besitzen, daß die Lohnquote auf den Stand der 60er Jahre zurückgekrebt ist und in den vergangenen zwölf Jahren eine Explosion der Geldvermögen beim oberen Zehntel dieser Gesellschaft stattgefunden hat, die nicht nur eine Wiederholung der Programmaussage von 1963, sondern eine Zuspitzung notwendig gemacht hätte. Stattdessen heißt es im Programmpunkt „soziale Gerechtigkeit“ lapidar: „In der Tarifpolitik werden der DGB und seine Gewerkschaften weiterhin die Einkommen und den Lebensstandard der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern und ausbauen. Ziel ist eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens und eine gleichmäßigere Verteilung des Produktivvermögens“.⁴

1963 hatte sich der DGB noch vorgenommen, „eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ herbeiführen⁵, heute bescheidet man sich mit „sichern“ und „ausbauen“. Damals ging es noch um den „Anspruch der Arbeitnehmer auf eine Beteiligung an den bereits gebildeten Vermögen“⁶, 1995 sucht man vergeblich nach Ansprüchen auf die riesigen, in den vergangenen Jahrzehnten gebildeten Vermögen.

Auch die in den Thesen formulierte Absicht, eine „gleichmäßigere Verteilung des Produktivvermögens“ anzustreben, tut so, als gäbe es da noch gewisse Ungleichmäßigkeiten, was selbst Herr Kohl nicht bestreiten wird. Wer lediglich eine „gleichmäßigere Verteilung“ fordert, verniedlicht die krassen Verteilungsungerechtigkeiten und verschweigt, daß das Produktivvermögen hierzulande noch nie so ungleichmäßig verteilt war wie heute und auch nicht gleichmäßiger verteilt werden kann, ohne an das bereits verteilte heranzugehen — mit welchen Instrumenten auch immer.

Im Grunde genommen hätte man, ausgehend von den 1963 festgestellten Tatbeständen, schreiben müssen: Die nach der Niederlage des Faschismus erneut hergestellten Besitz- und Machtverhältnisse haben sich seit der Verabschiedung des DGB-Grundsatzprogramms von 1963 nicht nur stabilisiert, sondern vertieft. Noch nie hat sich die ökonomische Macht der Bundesrepublik in so wenigen Händen befunden.

Im Irrgarten der neoliberalen Ideologie

Häufig beschönigen die Thesen aber nicht nur soziale Tatsachen, sie verdrehen auch ihre Ursachen und reproduzieren das ideologische Selbstbild der neoliberalen Ökonomie. So heißt es etwa: „Individuelle Leistung allein darf nicht das einzige Kriterium der Einkommensverteilung sein. Ein weiterer Maßstab ist soziale Gerechtigkeit“.⁷ Das liest sich gerade so, als würden die Einkommen in dieser Gesellschaft nach in-

dividueller Leistung verteilt, was dann der Maßstab sozialer Gerechtigkeit nachträglich zu korrigieren hätte. Im Gegenteil, es wäre schon viel an sozialer Gerechtigkeit gewonnen, wenn die individuelle Leistung tatsächlich der Maßstab der Einkommensverteilung wäre. Schließlich wird die Schieflage der Einkommensverteilung nicht durch das Leistungsprinzip verursacht, sondern durch Einkommensformen, die nicht aus individueller Leistung, sondern aus Besitz entstehen.

Demzufolge ist es auch kein Wunder, daß in den Thesen die Fiktion der „gerechten Entlohnung“ fröhliche Wiederauferstehung feiert.⁸ Keine Erinnerung mehr an die Einsicht, daß nicht der ungerechte Lohn, sondern die Lohnarbeit Ungerechtigkeit schafft, egal wie hoch oder niedrig die Entlohnung auch sein mag. Folglich ist auch der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital gänzlich aus der Programmatik verschwunden und löst sich in eine Formulierung auf, die es allen recht machen will und jedem Unrecht tut: „Eine solche Gestaltung zukünftiger Entwicklungen erfordert bei divergierenden Interessen gesellschaftliche Vernunft. Sie ist daher in hohem Maße abhängig von der Dialogfähigkeit und Kompromißbereitschaft gesellschaftlicher Gruppen.“⁹ Indem lediglich ganz allgemein von „divergierenden Interessen“ die Rede ist, wird der für die gewerkschaftliche Auseinandersetzung maßgebliche Interessenkonflikt verschwiegen und mit allen anderen Interessengegensätzen dieser Gesellschaft auf eine Stufe gestellt. Folgt man diesem Gedanken bis zum Ende, dann löst sich die Gesellschaft in lauter „divergierende Interessen“ auf und der Konflikt zwischen IG Metall und Gesamtmetall hat dann den gleichen Stellenwert wie der zwischen Bundesbahn und Lufthansa.

Der soziale Grundkonflikt dieser Gesellschaft verflüchtigt sich überall in den Thesen zu einem Konflikt der Begriffe, der Institutionen oder anderer anonymer Mächte. Da streiten nicht mehr konkrete Menschen und soziale Gruppen gegeneinander, sondern „unverzichtbare einzelbetriebliche Rationalität“ gegen „gesellschaftliche Vernunft“ oder „autoritärer Staat“ gegen „anonymen Markt“¹⁰, als seien es geradezu lebendige Wesen. Es geht nicht mehr um den Widerspruch zwischen privatem Kapitalinteresse und gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern der Konflikt wird entpersonalisiert, seiner sozialen Dimension beraubt und auf die Ebene abstrakter Werte und Sachzwänge verschoben. Die AutorInnen merken gar nicht mehr, daß sie vollständig der Verdinglichung aufgegeben sind, mit der diese Gesellschaft schon immer versucht hat, den Konflikt zwischen den Menschen zu einem Konflikt zwischen den Sachen zu machen.

Die Thesen wollen den Anschein erwecken, als sei man vom Pathos des Klassenkampfes auf den Boden der Rationalität zurückgekehrt und habe die utopischen Ideologien zugunsten realistischer Sachlichkeit ausgetauscht. Doch durch Wortwahl und Argumentationsmuster zieht sich von der ersten bis zur letzten Seite ein unverkennbarer ideologischer Faden — nämlich ein neoliberaler. Es mag zwar richtig sein, sich den Regulierungsproblemen des modernen Kapitalismus zuzuwenden oder über das Verhältnis von Staat und Markt nachzudenken, aber diese Anstrengungen gehen an ihrem Ziel vor-

bei, wenn bei alledem der soziale Grundkonflikt dieser Gesellschaft ausgeblendet wird. Natürlich muß sich die Linke von alten Vereinfachungen lösen und die gesellschaftliche Entwicklung differenzierter betrachten. Selbstverständlich spielt sich in der Gesellschaft mehr ab als ein alles bestimmender Klassenkampf, und es gibt auch je Menge neuer Konfliktlinien, die sich nicht einfach auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital reduzieren lassen.

Doch die neuen Probleme lassen sich nicht begreifen, indem die alten einfach vergessen werden. Und wenn man sich in der DGB-Grundsatzabteilung auf davor fürchtet, auf alte Erklärungsmuster aus der Arbeiterbewegung zurückzugreifen, dann sollte man sich ernstlich hüten, noch älteren Ideologien der bürgerlichen Ökonomie aufzusitzen.

Die Zukunft der Arbeit in der nationalen Wettbewerbsgemeinschaft

Nach dem Abschnitt „Gestaltung der Ökonomie“ befassen sich die Programmmthesen der DGB-Grundsatzabteilung mit der „Zukunft der Arbeit“, und wie schon im ersten Punkt trennt diesen Abschnitt Welten von der bisherigen Programmatik. Es herrscht Standortfrieden, Marktwirtschaft vor erhöhte Anstrengung, denn „in marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen sind Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Effizienz vorherrschend und notwendig“.¹¹ Und damit den Faulenzen in den immer noch nicht privatisierten Amtsstuben und Müllautos gleich kommt, wo Hannes den Most holt, heißt es gleich hinterher: „Diese Kriterien dürfen auch für den öffentlichen Dienst nicht vernachlässigt werden.“¹²

Das ist neu! Der DGB als Verteidiger von Wirtschaftlichkeit und Effizienz gewissermaßen an vorderster Front der nationalen Wettbewerbsgemeinschaft Voraussender Gehorsam gegenüber den Standortkommandanten, Deregulierungs- und Privatisierungsstrategen damit gar nicht erst der Anschein aufkommt, man wolle sich dem allseits angebotenen Modernisierungspakt entziehen. Wirtschaft ist eben Wirtschaft um Punktum. Sollte es Konflikte geben, dann natürlich nicht mit den Interessen des Kapitals, für das die ganze Unternehmung veranstaltet wird, sondern „Die Bedürfnisse der Arbeitenden auf der einen Seite und der ökonomischen und betrieblichen Strukturwandel auf der anderen Seite führen zu einem Interessen- und Zielkonflikt.“¹³

Da haben wir es wieder, was die neue Linie ausmacht: Bei den Arbeitenden handelt es sich noch um leibhaftig Menschen mit konkreten Bedürfnissen, aber die treffen nicht auf die eben konkreten Bedürfnisse von Untermännern, sondern auf den „ökonomischen und betrieblichen Strukturwandel“. Auch ein Grundwiderspruch, aber keiner zwischen Menschen, sondern zwischen diesen und der seelenlosen Sachzwanglogik des Strukturwandels. Abes naht Hilfe in der Gestalt „der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung“, die „diese Konflikte zivilisieren und zu minimieren“ hat. Das dürften die Unternehmer, auch wenn sie in den Thesen nur noch in der Verkleidung verdinglichter Zwänge auftreten, nicht viel anders sehen.

An dieser Stelle hätte es gut gefal-



Maastricht, 2. April 1993. Europaweite Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Foto: af/mz

wie noch im Programm von 1981 etwas über den „Mißbrauch wirtschaftlicher Macht“¹⁵ oder die Notwendigkeit „sozialer Gestaltung der Wirtschaft“ zu lesen. Auch die damalige Einsicht, daß „die technische Entwicklung und der organisatorische Wandel ... nicht zwangsläufig zu humanen Arbeits- und Lebensbedingungen“¹⁶ führen, hätte dort als erstes stehen können. Angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Verwüstungen, die der gegenwärtige Modernisierungsweg verursacht, wäre ein wenig mehr Kritik durchaus verträglich gewesen. Statt dessen lesen wir: „Mit der Entwicklung der modernen Technologien, den neuen Organisations- und Produktionskonzepten des Managements ... haben sich die Chancen verbessert, Produktivitäts- und Humanisierungsziele zu verwirklichen.“¹⁷ Zwar wird eingeräumt, daß hier auch Gefahren lauern und „starke Kräfte bei den Arbeitgebern und die konservativliberale Regierungskoalition den Abbau sozialer Standards fordern“¹⁸, aber die Grundanlage geht völlig an der Tatsache vorbei, daß die neuen Konzepte genau den „Abbau sozialer Standards“ zum Ziel haben.

Deregulierung und Lohnabbau sind keine bösen Absichten, die von außen in die unschuldigen Technologien und Managementkonzepte hineingetragen werden, sondern sie sind zu diesem Zweck geschaffen worden. Was sowohl an den Unternehmensbilanzen als auch an der Entwicklung der Lohnquote und der Arbeitslosenstatistik ablesbar ist. Und was die Chancen der neuen Technologien betrifft, so gilt nach wie vor, was ein gewisser Karl Marx schon in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zu sagen wußte, daß sie nämlich schon deshalb nicht die Lage der abhängig Beschäftigten verbessern, weil sie zu diesem Zweck auch nicht geschaffen wurden.

Die Gläubigkeit in die neuen Managementkonzepte geht so weit, daß deren Ideologie für die Realität genommen wird. So heißt es etwa: „Wirtschaftliche

Entscheidungen bis hin zur Standortpolitik werden mehr und mehr Gegenstand der Mitbestimmung auch auf der betrieblichen Ebene. Dies erfordert ein Überdenken des Selbstverständnisses von Betriebs- und Personalräten ...“¹⁹ Bislang gibt es keine Anzeichen für eine Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten, sondern eher das Gegenteil. Denn ganz im Gegensatz zur Beteiligungs- und Mitbestimmungsrhetorik, die ausschließlich darauf abzielt, die Gewerkschaften in den längst abgefahrenen Zug hineinzuzwingen, werden die wirtschaftlichen Basisentscheidungen auf Ebenen getroffen, die sich jeder Mitbestimmung entziehen. Was dabei herauskommt, bietet sich Politik und Gewerkschaft als unpersönliche Sachzwanglogik an, und ein entscheidender Fehler der Thesen ist, daß sie genau dieser Interpretation folgen.

Wenn es zwischen den verschiedenen kapitalistischen Metropolen einen Unterschied in der Lage der Beschäftigten gibt — und der ist deutlich —, dann hat diese Differenz ziemlich wenig mit unterschiedlichen Technologiestandards und Managementkonzepten zu tun, sondern mit der unterschiedlichen Widerstandskraft und Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften. Mindestens das müßten die Thesen bei ihrer Reflexion über die Zukunft der Arbeit in Rechnung stellen. Denn die viel beschworene Gestaltungsfähigkeit entspringt weniger den Technologien und organisatorischen Umbrüchen als der gewerkschaftlichen Gegenmacht.

Selbst wenn die AutorInnen der Falle des Traditionalismus entgehen und die neuen Möglichkeiten ausschöpfen wollen, entspringt die aktuell größere Gefahr aus der Auflösung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit, der Zunahme gewerkschaftsfreier Organisationsbereiche und dem Verlust an geistigem Einfluß in der von der neokonservativen Ideologie beförderten Zukunftsdiskussion. Dieses Problem nehmen die Thesen nicht auf, sondern sie hängen sich an den Zug des marktrad-

kalen Zeitgeistes an.

Daß Vollbeschäftigung unter dem Kapitel „Zukunft der Arbeit“ auftaucht, dürfte erwartet werden, daß es einer der kürzesten Abschnitte wurde, ist zumindest überraschend. Entsprechend hilflos ist das programmatische Angebot, das feststellt: „Für die Vollbeschäftigung ist eine entsprechende Politik von Bund, Ländern und Gemeinden unverzichtbar.“ Was entsprechend ist, sucht man allerdings vergeblich.

Es folgt eine Aufzählung: „Industrie-, Regional-, Finanz- und Steuerpolitik müssen ebenso wie die Forschungs- und Technologiepolitik darauf ausgerichtet sein.“²⁰ Und weil das den AutorInnen wohl auch etwas wenig war, heißt es weiter: „Vollbeschäftigung kann nur über die Arbeitgeber erreicht werden, sie sind in erster Linie dafür verantwortlich.“ Und wenn sie dieser Verantwortung nicht nachkommen, werden „die Gewerkschaften sowie die Betriebs- und Personalräte ... die Unternehmen zum Handeln drängen und Innovationsprozesse innerhalb der Unternehmen fördern.“²¹ Förmlich sieht man sie, wie Gewerkschaften und Betriebsräte das faule Unternehmertum zur Innovation drängen, damit es viele neue Arbeitsplätze schafft.

Daß Wachstum nicht mehr Arbeitsplätze schafft, sondern ihren Abbau vorantreibt, daß Innovation in erster Linie auf die Einsparung und nicht die Ausweitung von Arbeit ausgerichtet ist, wird in den Thesen ebenso übergangen wie die ökologische Grenze der Vermehrung von Arbeitsplätzen durch Wachstum. Resigniert wird denn auch festgestellt: „All diese Maßnahmen werden jedoch nicht kurzfristig wieder zur Vollbeschäftigung führen“²² und auf öffentlich geförderte Beschäftigung verwiesen. Eine richtige, aber unzureichende Antwort, wenn nicht gleichzeitig gesagt wird, daß die Gesellschaft vor einer grundlegenden Neubestimmung von Arbeit steht, daß dies erhebliche Umverteilungsprozesse nötig macht

und es nicht ausreichen wird, sich in dieser Frage auf das Verantwortungs- bzw. Bewußtsein der Unternehmer oder die betriebliche Innovation zu verlassen. Ein bißchen wenig; bei einem Arbeitsplatzdefizit von rund sieben Millionen.

Harald Werner ist Mitglied des PDS-Bundesvorstandes und gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS.

Sein Beitrag erschien bereits in „Betrieb & Gewerkschaft“ Nr. 24 und 25. B & G ist erhältlich über: Parteivorstand der PDS, AG Betriebe und Gewerkschaft, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

Anmerkungen:

- 1 DGB Grundsatzabteilung, Thesen zur programmatischen Debatte im DGB, Düsseldorf im April 1995;
- 2 DGB Grundsatzprogramm von 1963, zit. n. G. Liminsky / B. Otto, Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 47;
- 3 Thesen, Abschn. Gestaltung der Ökonomie, S. 1;
- 4 ebenda S. 9;
- 5 Grundsatzprogramm 63, a.a.O., S. 48;
- 6 ebenda S. 49;
- 7 Thesen, Abschn. Gestaltung der Ökonomie, S. 9;
- 8 ebenda S. 1;
- 9 ebenda S. 2;
- 10 ebenda;
- 11 Thesen, Abschn. Zukunft der Arbeit, S. 2;
- 12 ebenda;
- 13 ebenda;
- 14 ebenda;
- 15 DGB-Grundsatzprogramm 1981, Protokollband des 4. a.o. Bundeskongresses, Düsseldorf 1981, S. 13;
- 16 ebenda S. 9;
- 17 Thesen, S. 3;
- 18 ebenda;
- 19 Thesen, S. 8;
- 20 ebenda S. 3;
- 21 ebenda S. 4;
- 22 ebenda.

Urlaub mit dem Geheimdienst

Eine Kurzgeschichte von Markus Dorsch

Ich glaub, es war Uschi, die es zuerst hörte. Aber so genau weiß ich es auch nicht mehr. Vielleicht hatte auch ich das Ächzen der Dielen vor unserem Hotelzimmer vernommen. Es ist schon einige Zeit her, und man erlebt ja so allerlei im Laufe eines Urlauberslebens.

Auf jeden Fall war es Uschi, die flüsterte: „Erwin — hörst du es auch?“

Natürlich hörte ich es auch, das Geschlurfe vor unserer Zimmertür war lauter geworden, ein Geräusch wie von genagelten Schuhen, dazwischen ein unterdrücktes Husten. Auf unserem Radiowecker auf meinem Nachttischchen rückte der große Zeiger gerade auf elf, ja tatsächlich elf nach drei!

Was zum Teufel ging da draußen im Gang vor unserer Hotelzimmertür vor? Die Hotelleitung hatte uns geradezu bombastisch zugesichert, daß niemals Einbrecher und Diebe ins Hotel kämen, schon gar nicht des Nachts.

„Erwin, ich hab Angst.“

Ich fühlte Uschis Hand auf meiner Schulter, und ich zuckte vor Schreck zusammen, ließ mir aber nichts anmerken.

„Psst — nicht so laut“, antwortete ich und wollte mich gerade aus dem Bett rollen lassen, als es klopfte. Zuerst verhalten, dann stärker und dann die schnarrende Stimme des Hotelmanagers. Ich torkelte zur Tür und öffnete sie einen Spalt. Im Nu standen drei, vier Kerle in Uniformen vor unserem Bett, und der Hotelmanager schnarrte: „Oh Verzeihung, Pardon, excuse me — Polizei — keine Angst, Herr Erwin.“ Er sprach mich stets mit dem Vornamen an. Dann legte er mit einer wichtiguerischen Suada in türkisch los, gedämpft und geheimnisvoll, als ob wir, Uschi und ich, uns soeben in außerirdische Planetoidenherabkömmlinge verwandelt hätten.

Ich mache es kurz: Man verfrachtete uns auf ein düsteres Polizeirevier, verdreht und klamm und ohne jeden Komfort. Ein Häuptling in einer speckigglänzenden Uniform, eine Reitpeitsche vor sich auf dem Tisch, redete mit fettiger Stimme auf uns ein, und weder er noch wir verstanden irgendein Wort unseres Meinungsaustauschs.

Der Mann setzte eine grimmige Miene

auf, aber es half alles nichts, wir kamen nicht zusammen.

Fieberhaft überlegte ich, ob wir in letzter Zeit Plutonium geschmuggelt hätten, in der Öffentlichkeit nackt herumgelaufen wären, obwohl es genug Urlauber gab, die ohne Rücksicht auf ästhetische Bedürfnisse ihrer Mitmenschen ihre Schwabbelbäuche und Hängebusen zu Markte und zu den Stränden trugen. Oder hatten wir einen Polizeioffizier nicht höflich genug begrüßt, oder hatte ich vielleicht einer bis zur Nasenspitze verschleierte Schönheit zu tief in die dunkelfeuerigen Augen geguckt? Nichts dergleichen, Uschi und ich waren uns keiner Schuld bewußt.

Wir verbrachten ekelhafte Tage und Nächte auf dem Polizeirevier, von Ratten und Flöhen heimgesucht, von seiner Reitpeitsche in Schach gehalten und von paradiesischen Träumen der verstreichenden Urlaubszeit gequält.

Dann zeigte er uns eines Tages das Foto. Dazu grinste er unverschämt hinterfotzig und weidete sich an meinem Erstaunen, als ich unseren Marienplatz im Herzen der Stadt erkannte, und ich mit den drin in einem Pulk von schnauzbärtigen, schwarzhaarigen Männern, die ein Transparent hochhielten: „Für ein freies Kurdistan!“

Schlagartig war mir alles klar. Beim zufälligen Herumstehen auf einer Versammlung war ich von ihnen fotografiert worden, in der fernen Heimatstadt und in ihren Fahndungscomputer geraselt. Und hier, bei den unappetitlichen Schmerzbäuchen am Strand und auf der Promenade, beim Döner-Kebab-Geschneitzeln und den aufdringlichen Teppichanreißern hatten sie mich geschnappt, und Uschi gleich mit.

Alles klärte ich auf, aber der Urlaub war futsch, und daheim, des Nachts, hörten wir die Dielen knarzen und das widerliche Pfeifen seiner Reitpeitsche klang uns in den Ohren. Nun, Sie werden sich schon denken können, was folgte.

Der nächste Urlaub in einem verschlafenen Nest in der entzückenden Parklandschaft Großbritanniens ließ sich gut an. Wir verbrachten erholsame Tage, bis Uschi unruhig wurde. Nicht zu unrecht, denn der Secret Service ließ nicht mit sich spaßen, und der hagere Major war wohl nicht von unserer Unschuld überzeugt worden.

Sehr ungnädig verhielten sich auch die spanischen Behörden. Ihre Guardia-Zivilleute gingen wie wilde Stiere auf uns los, und sie verfolgten uns so unauffällig aufdringlich, daß wir nach einigen Tagen völlig entnervt nach Hause flüchteten.

Statt der Pyramiden und des im schönsten Jünglingsalter verblichenen Tut-anch-Amon studierten wir lausige Untersuchungskeller, aber der Vernehmungsbeamte befließigte sich wenigstens eines makellosen Englischs.



Doch eine auch für Soziologen interessante Überraschung erlebten wir in St. Petersburg. Diese Russen sind doch wirklich unberechenbar. Zuerst fuchtelten sie mit ihren Pistolen vor unseren Köpfen herum, doch dann tranken wir mit ihnen Bruderschaft und tanzten Kasatchok.

Literweise vertilgten sie Wodka, und ein bärtiger Altgenosse fiel mir um den Hals, doch ich brachte nie heraus, ob seine heißen Tränen der verlossenen Sowjetunion galten oder einer ungetreuen Geliebten.

Bis Uschi eines Jahres sagte, so gehe es nicht weiter. Ich mußte ihr recht geben. Sie waren alle international verflochten, und zu unseren Lebzeiten würden wir nie mehr aus ihren Computern eliminiert werden. Wir beschlossen also, nie mehr Urlaub im Ausland zu verbringen.

Ade schöne Toskana, Servus Granada und Lebewohl heiliges Jerusalem für immer.

Aber warum nicht Urlaub in der Hei-



mat, im schönen, bergbestandenem Bayern mit seinen sonnigen Wiesen und schattigen Tälern? Auch da läßt sich lauben, alle Viere von sich strecken. Und Stoibers Geheimdienst, er hat wahrlich keinen Grund, uns jenes Transparent unter die Nase zu halten und uns um elf nach drei in der Frühe aus dem Bett zu holen.

Bis wir jenen seltsamen Burschen entdeckten. Er saß einige Tische von uns entfernt im Biergarten unter prangenden Kastanienbäumen. Unentwarnstarrte er zu uns herüber. Er trank kein Bier, sondern bestellte sich mit starkem norddeutschem Akzent ein Selters, und er schnitt die Weißwurst in Scheiben wie eine Essiggurke. Auf dem Haupt trug er einen Tirolerhut mit einer Fasennfeder, und dazu stak er in einer knackigen Lederhose, mit Löffeln in den Waden und genagelten Haferlschuhen an den Füßen. Als er sein Handy zum Ohr preßte, flüsterte Uschi: „Ich glaub es ist einer von ihnen. Ich geh jetzt langsam zur Toilette, und du folgst mir und auffällig, alles klar?“

Als wir aus dem Biergarten flüchteten, drehte ich mich noch kurz um. Der Tirolerhut quatschte noch immer aufgeregt in sein Handy, aber neben stand ein baumlanger Typ, finsch dreinschauend, und ich hatte den Eindruck, er verfolgte uns mit stechenden Augen und gab einem Kerl auf einem Radl draußen neben uns ein heimliches Zeichen.

aus: Lokalberichte München



Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/ Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemein-

schaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

o 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.

Name:

o im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

o im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse